Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Nachdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 24. Juli 1930

Inf. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Die Hoffnung der Scharfmacher.

Die politische Rolle der Kommunistischen Partei.

SPD. Die Kommunistische Partei schreit gegen Faschismus und Reaktion – aber sie agitiert mit allen Mitteln gegen die Sozialdemokratie. Ihr wahres Wesen ist die Spaltung und Schwächung der Arbeiterbewegung und sie bemüht sich nach Leibeskräften, in dieser Wahl die Position der Arbeiterschaft gegenüber dem Bürgertum zu schwächen. Lüge, Hetze und Verleumdung gegen die Sozialdemokratie, das grosse Maul, daneben das Messer und der Gummiknüppel, das ist ihre ganze politische Weisheit! Ihr einziges Bestreben ist es, die Konkurrenz in Radaupolitik mit den Nationalsozialisten siegreich zu bestehen.

Die objektive Rolle der Kommunistischen Partei in der deutschen Politik und namentlich in der jetzigen Situation ist für die Arbeiterschaft verhängnisvoll. Das Unternehmertum benutzt die langandauernde Wirtschaftskrise, die die Arbeiterschaft schwer bedrückt, zu wirtschaftlichen und sozialen Vorstössen gegen die Lebenshaltung, die die Arbeiterbewegung mühsam erkämpft hat. Die politische Vertretung des Unternehmertums steuert auf eine Schwächung der politischen Positionen der Arbeiterschaft los. In der Zeit der schweren Wirtschaftskrise gewinnt die politische Position der Arbeiterschaft im Parlament erhöhte Bedeutung. Von dieser Position aus kann dem Angriff des Unternehmertums Widerstand geleistet werden und das wirtschaftliche Übergewicht, das ihm die Krise gibt, durch das Gewicht des politischen Willens kompensiert werden. In dieser Situation ist das einzige Streben der Kommunistischen Partei, unter der Maske revolutionären Geschreis nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch die politische Stellung der deutschen Arbeiterschaft und ihren Einfluss auf den Staat zu schwächen! Die Kommunistische Partei arbeitet damit objektiv den Scharfmachern und den politischen Reaktionären in die Hände.

Es ist an der Zeit, dass ein jeder Arbeiter vor der Wahl sich überlegt, was die Existenz der Kommunistischen Partei und ihre Rolle im Deutschen Reichstag bedeutet. Die Sozialdemokratische Partei hatte im letzten Reichstag 153 Abgeordnete, die Kommunisten hatten 54 Abgeordnete. Das waren zusammen 207 Mandate von 494. Es ist niemals möglich gewesen, diese 207 Reichstagsstimmen geschlossen für die Zwecke der Arbeiterschaft positiv in die Wagschale zu werfen! Ein Block von 207 sozialdemokratischen Stimmen im Reichstag würde der politischen Vertretung der deutschen Arbeiterschaft nicht nur verstärkten Einfluss, sondern auch verstärkte politische Manövrierfähigkeit geben. Eine so starke sozialdemokratische Fraktion, die im Interesse der Arbeiterschaft die bewährte sozialdemokratische Taktik im Parlament anwendet, wäre nicht gebunden an eine einzige Koalitionsmöglichkeit, sie wäre in der Lage, eine elastische Politik zu führen. Dass heute der Einfluss der bürgerlichen Mitte gegenüber der Sozialdemokratie in jeder Koalition stärker ist. als im zahlenmässigen Verhältnis begründet ist, liegt daran, dass eben im Grunde genommen nur eine einzige Koalitionsmöglichkeit besteht. Die Schuld an diesem Zustand trägt die Zer-

splitterung der deutschen Arbeiterbewegung und die Schwächung ihrer politischer Vertretung durch die Kommunistische Partei. Jeder Arbeiter, der seine Stimme der Kommunistischen Partei gibt, trägt deshalb nur dazu bei, die Chancen für Bürgerblockexperimente zu erleichtern. Jede Arbeiterstimme für die Kommunisten ist nicht nur weggeworfen, sie bedeutet vielmehr eine direkte Stärkung der politischen und sozialen Gegner der Arbeiterbewegung!

Der wahre Charakter der Kommunistischen Partei wird durch die folgenden Ausführungen der scharfmacherischen Deutschen Allgemeinen Zeitung vom Beginn dieses Jahres beleuchtet :

"Was die Kommunisten selbst betrifft, so haben sie in bestimmten Grenzen für das staatspolitische Leben eine nützliche Funktion. Die Frage ist nur, ob diese Grenzen bereits oder gar überschritten worden sind. Die Kommunisten müssen verhindern, dass die Sozialdemokratie übermächtig wird, sie sind für den bürgerlichen und kapitalistischen Staat so lange ein wertvolles Werkzeug, als sie als Pfahl im Fleische der Sozialdemokraten wirken."

Das Bürgertum bläst die Sammeltrompete gegen die Arbeiterschaft. Es weiss dass es den Vormarsch der Sozialdemokratie nicht verhindern kann. Dafür setzt es seine Hoffnungen auf die Kommunistische Partei! Es braucht sie nicht einmal zu bezahlen! Die Kommunistische Partei verrichtet freiwillig ihre Handlangerdienste für das Scharfmachertum!

Die Scharfmacher fürchten die Sozialdemokratie - aber nicht die Kommunisten! Sie wissen, dass die kommunistische Taktik nur die Arbeiterschaft schwächt und dem Faschismus aller Schattierungen das Spiel erleichtert. Deshalb begrüssen sie, dass die Kommunisten "in ihrer Weise für den Gedanken der Wehrhaftigkeit wirken." In ihrer Weise - das heisst auf dieselbe Weise wie die Nazis: mit Revolver, Messer und Schlagring, mit der Pflege der Rowdy- und Totschlägerinstinkte! Das ist die richtige Atmosphäre für die "Wehrhaftigkeit", die die Faschisten wünschen, das sind die Instinkte, auf die kommende Kriegsabenteuer gegründet werden sollen! Hat doch die Kommunistische Partei zur Zeit des ostchinesischen Abenteuers eine Kriegshetze und eine Kriegsgreuelpropaganda betrieben, die von keinem Chauvinisten und Imperialisten zu überbieten ist!

Die Abhängigkeit der Kommunisten von der russischen Politik ist für die deutsche Arbeiterschaft gefährlich. Es besteht ein latenter Gegensatz zwischen der offiziellen deutschen Aussenpolitik und jenen Bestrebungen, die auf ein Zusammenarbeiten zwischen der Reichswehr und der Roten Armee abzielen. Die Kommunistische Partei hat diese Bestrebungen immer begünstigt. Trotz ihres revolutionären Geschreis schweigt sie zu den Absichten, die deutsche Politik in ein gefährliches Fahrwasser hineinzutreiben. Die Sozialdemokratische Partei bemüht sich, alle unklaren und gefährlichen Elemente aus der deutschen Gesamtpolitik auszuschalten - die kommunistische Politik arbeitet ihr auch in diesem Punkte entgegen.

Man stelle sich vor, es würde der Kommunistischen Partei gelingen, die Gewerkschaften und die wirklich politische Vertretung der deutschen Arbeiterschaft, so zu schwächen, dass das Unternehmertum, die politischen Spekulanten auf den Faschismus und auf einen kommenden Krieg freies Spiel hätten! Die Folge wäre ein Chaos, ein Zurückwerfen der deutschen Arbeiterbewegung hinter 1860!

Die Kommunistische Partei ist deshalb eine reaktionäre Partei. Ihr Wirken schadet der deutschen Arbeiterbewegung, es nützt dem Scharfmachertum. Die Kommunistische Partei ist eine Partei gegen den Sozialismus, eine Partei gegen die erfolgreiche Vertretung der Arbeiterinteressen. Das Wirken der Kommunistischen Partei richtet sich gegen die politische Macht wie gegen die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft. Was in mühevollem jahrzehntelangem Kampfe aufgebaut ist, will sie zerschlagen!

Die Verteidigung der Arbeiterrechte erfordert deshalb nicht nur den schärfsten Widerstand gegen die Absichten des Scharfmachertums, sondern zugleich auch schärfsten Kampf gegen die kommunistische Propaganda und ihr scheinrevolutionäres Geschrei!

SPD. Der Reichskanzler Brüning hat es für notwendig gehalten, die Art und Weise, wie er mit dem Art. 48 umspringt, vor der amerikanischen Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Zu diesem Zweck hat er dem Vertreter der New York Times ein Interview gegeben, in dem er noch einmal die Gründe wiederholt, die in der letzten Zeit von amtlicher Stelle und von den Regierungsparteien immer wieder angeführt und ebenso oft von uns widerlegt worden sind.

Wir beschränken uns heute darauf, zwei Punkte seiner Darlegungen zu kritisieren. Erstens verteidigt sich der Reichskanzler mit dem Vorliegen eines "Notstandes". Damit führt er einen Begriff in die Diskussion ein, für dessen Verwendung in der Reichsverfassung keine Grundlage zu finden ist. Die Reichsverfassung verlangt, um es noch einmal zu sagen, als Voraussetzung für den Erlass von Verordnungen die erhebliche Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Es ist zuzugeben, dass auch diese Begriffe auslegungsfähig sind, aber auf jeden Fall sind sie viel präziser und ausserdem viel enger gefasst, als der des Notstandes. Ein Notstand kann gegeben sein, ohne dass die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet ist.

Ferner beruft sich der Reichskanzler auf das preussische Beispiel, unterlässt aber wohlweislich hinzuzufügen, dass der Artikel 55 der preussischen Verfassung wesentlich anders lautet, als der Artikel 48 der Reichsverfassung. Hier ist nämlich der "Notstand" angeführt, den Herr Brüning unberechtigterweise für sich in Anspruch nimmt. Aber es ist auch hier neben der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit ausdrücklich ein ungewöhnlicher Notstand zur Voraussetzung des Erlasses von Verordnungen gemacht, und ausserdem enthält der Artikel 55 der Preussischen Verfassung noch andere Bestimmungen, die das Beschreiten des Verordnungsweges erschweren. Einmal kommen Verordnungen nicht in Frage, wenn der Landtag versammelt ist, und weiter darf sie das Staatsministerium nur in Übereinstimmung mit dem Ständigen Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung erlassen. Ähnliche Einschränkungen sind in der Reichsverfassung leider nicht vorgesehen, aber eben deshalb hat auch der Reichskanzler kein Recht, das preussische Beispiel zur Rechtfertigung seines eigenen Vorgehens heranzuziehen.

SPD. Zürich, 24.Juli (Eig.Bericht)

Das kleine Fürstentum Liechtenstein hat ein neues Pressgesetz erhalten, das an reaktionärer Gesinnung kaum übertroffen werden kann. Was da an Knebelung der freien Meinungsäusserung ausgedacht wurde, reicht fast an das faschistische Italien heran.

Alle Zeitungen und Zeitschriften haben der Regierung bei Druckbeginn ein Pflichtexemplar zuzusenden. Amtliche Berichtigungen dürfen nicht kommentiert werden, widrigenfalls die Zeitung auf einen Monat verboten und der verantwortliche Redakteur bestraft wird. Ausländische Zeitungen können bis auf die Dauer eines Jahres verboten werden. Beleidigungen der Regierung, des Landtags und der Mitglieder dieser Körperschaften sollen von Amts wegen verfolgt werden. Wer die Autorität der Landesbehörden herabsetzt, wird mit Arrest von einem Monat bis zu sechs Monaten bestraft. Im Wiederholungsfall wird das Erscheinen der Druckschrift für die Dauer von sechs Wochen bis zu einem Jahr verboten und dem verantwortlichen Redakteur die Ausübung seines Berufs untersagt. Ein Gesetz zum Schutz des Staates, das überhaupt jede Opposition, selbst mit geistigen Waffen, unterdrücken soll, steht bevor.

Die klerikale Regierung des Ländchens glaubt offenbar, das Eindringen freiheitlicher und fortschrittlicher Ideen auf diese Weise verhindern zu können. In der Schweiz, mit der Liechtenstein durch eine Zoll- und Münzunion verbunden ist, herrscht, selbst in bürgerlichen Kreisen, über das Vorgehen der liechtensteinschen Regierung grosse Empörung!

SPD. Bochum, 24.Juli (Eig.Drahtb.)

Der Ruhrbergbau, der nach einer Aufstellung des Landesarbeitsamtes Dortmund rund 36 000 arbeitsuchende Bergarbeiter aufzuweisen hat und dessen Feierschichten von 29 000 arbeitstäglich im Juni auf 42 000 arbeitstäglich in der zweiten Juliwoche angewachsen sind, steht vor neuen grossen Entlassungen. Die Gelsenkirchener Bergwerks-A.G. hat Antrag auf Entlassung von 1200 Arbeitern gestellt, und zwar für die Zeche Pluto 175, Nordstern 105, Holland 220, Bonifatius 200, Zollverein 350 und Graf Moltke 150. Die Harpener Bergbau-A.G. entlässt auf der Zeche Gneisenau 120 und auf der Schachtanlage Robert Müsser 150 Mann. Die Gewerkschaft Heinrich legt die Zeche Adler still und entlässt 325 Mann der Belegschaft. Der Rest wird auf Zeche Heinrich übernommen. Dazu kommen die Entlassungen von 600 Mann bei den Vereinigten Stahlwerken durch die Stillegung des Karl Friedrich-Erbstollens im Bochumer Bezirk.

SPD. Paris, 24.Juli (Eig.Drahtb.)

Der französische Ozeanflieger Costes hat nach einem Probeflug von 83 Stunden 30 Minuten, der zu seiner vollen Befriedigung ausgefallen ist, seinen Apparat zu einem Ozeanflug nach Amerika fertig gestellt. Sobald es die atmosphärischen Verhältnisse erlauben, will Costes starten.

SPD. Am Mittwoch hielt die "Konservative Volkspartei" in Berlin eine Gründungsversammlung ab, an der nach der Berliner "Kreuzzeitung" auf Einladung u.a. folgende Persönlichkeiten teilnahmen :

"Staatsminister a.D. Dr. Lentze, Staatsminister a.D. Schmidt-Ott, Fürst zu Stolberg-Rosla, Graf Dohna-Brunau, Graf Arnim-Muskau, Freiherr von Braun, Freiherr von Landsberg, Herr von Waldow-Reitzenstein, Präsident Dr. h.c. von Oppen, Präsident von Hahnke, General von Winterfeld, Generalsuperintendent Vits, Reichsbankpräsident a.D. Dr. Schacht, Kommerzienrat Ernst von Borsig, Bankdirektor Dr. Solmssen, Dr. h. c. Dräger, Generaldirektor Heubel-Annahütte, Universitätsprofessor Dr. Eduard Meyer, Exzellenz von Willamowitz-Möllendorf."

Der politische Charakter der neuen Gründung liegt nach dieser Anwesenheitsliste klar zu Tage. Was sich in dem neuen Verein zusammengefunden hat, sind keine Repräsentanten des Volkes, das sind zum grössten Teil Reaktionäre vom reinsten Wasser. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten haben in ihm nichts zu sagen und deshalb natürlich auch nichts zu suchen! Eine "Volkspartei" ist die Gründung nur dem Namen nach.

SPD. Köln, 24.Juli (Eig.Drahtb.)

Am Donnerstag wurde an der Koblenzer Unglücksstelle noch eine weibliche Leiche gefunden. Man vermutet, dass noch zwei junge Mädchen, die bisher vermisst werden, ums Leben gekommen sind.

Die "Rheinische Zeitung" macht zu der Schuldfrage in ihrer Donnerstag-Ausgabe folgende Ausführungen : "Wer trägt die Schuld, dass etwa 100 Menschen auf den für solch starken Verkehr gar nicht bestimmten Steg kamen? Das Publikum? Es hat, wie alle Erfahrungen gerade am Rhein zeigen, nie Bedenken und ist von der Gefährlichkeit einer Angelegenheit nur sehr schwer zu überzeugen. Die Polizei? Uns wird berichtet, dass am Neuendorfer Eck zur Feierstunde wirklich ein Schutzmann aufgestellt worden sei, der aber in die vom Eck zurückströmenden Menschen allein keine Ordnung habe hineinbringen können und deshalb resigniert beiseite getreten sei. Die Koblenzer Schutzpolizei war am Dienstag sicherlich überanstrengt. Sie war ungefähr vom Sonntag an so ziemlich ununter-

brochen im Dienst, bei der Befreiungsfeier in Mainz und bei dem Nürburgring-Rennen, das auch am Montag Massenandrang hatte. Wahrscheinlich hat man viel mehr Leute zur Spalierbildung gebraucht, als notwendig war. Schliesslich leben wir ja nicht mehr in Zeiten der Monarchie und der Tempelhofer Paraden. Mag auch sein, dass man einfach die Gefährlichkeit des ganzen Terrains und insbesondere des schwachen Brückenüberganges bei der allgemeinen Verkehrsregelung übersehen hatte, obschon man damit rechnen musste, dass das Neuendorfer Eck von Tausenden von Menschen aufgesucht werden würde."

SPD. Stuttgart, 24.Juli (Eig.Drahtb.)

Der württembergische Bauernbund zieht am Donnerstag in seinem Organ "Der schwäbische Landmann" zwischen sich und den Deutschnationalen den Trennungsstrich. Seit 1919 sei er mit den Deutschnationalen gegangen. Aber seit Hugenberg die Führung übernommen habe, hätten sich die Abgeordneten des Bauernbundes bei den Deutschnationalen nicht mehr wohl gefühlt. Hugenbergs Politik sei zu stark "preussisch" orientiert gewesen und hätte auf die Anschauungen der süddeutschen Abgeordneten zu wenig Rücksicht genommen. Hugenberg sollte sich in den preussischen Landtag wählen lassen. Dort habe er Gelegenheit preussische Politik zu machen. Der Bauernbund habe jetzt seine Handlungsfreiheit wieder. Er wünsche, dass sich im Reichstag eine starke Bauernpartei zur Vertretung der wirtschaftlichen und politischen Belange der Landwirtschaft bilde.

SPD. Der frühere Präsident der interalliierten Rheinlandkommission, Tirard, hat - wie uns aus Paris gemeldet wird - anlässlich der Koblenzer Katastrophe ein Beileidstelegramm an den Oberbürgermeister von Koblenz und an den früheren Reichskommissar, Baron Langwerth von Simmern, gesandt.

SPD. München, 24.Juli (Eig.Drahtb.)

Der bayerische Landwirtschaftsminister Dr. Fehr hat am Donnerstag seinen Rücktritt erklärt. Seine Fraktion hatte schon vor einer Woche ihren Austritt aus der Regierungskoalition beschlossen.

Die Verzögerung des Rücktritt Fehrs war verursacht durch eine Aktion des deutschnationalen Justizministers und seiner Parteifreunde, die darauf abzielten, den Vertrauensmann des Bauernbundes zum Verbleiben in seinem Ministeramt zu veranlassen, um nach Überwindung der finanziellen Schwierigkeiten des Haushalts die alte Bürgerblockkoalition wieder herzustellen. Den deutschnationalen Urhebern dieses Planes war es dabei selbstverständlich in erster Linie um die Rettung ihrer eigenen nicht mehr lange haltbaren Position zu tun, in die sie durch die Zerstörung ihrer Partei durch Hugenberg auch in Bayern gekommen sind. In Dr. Held, der sich selbst offensichtlich in der letzten Etappe seiner Ministerpräsidentschaft befindet, hatten die deutschnationalen Drahtzieher einen willkommenen Helfer gefunden. Die nur mühsam in Gang gebrachten Verhandlungen mit dem Bauernbund haben aber zu keinem Ergebnis geführt, sodass der Rücktritt Fehrs unvermeidlich war.

SPD. Der Reichsrat genehmigte am Donnerstag, nach einer Trauerkundgebung für die Opfer der Koblenzer Katastrophe, eine Änderung der Reichsstimmordnung, die notwendig geworden ist, weil in der bisherigen Fassung nicht der Fall vorgesehen war, dass während einer Wahlperiode mehrere Parteien aus einer bishe-

SPD. Bochum, 24.Juli (Eig.Drahtb.)

Der Ruhrbergbau, der nach einer Aufstellung des Landesarbeitsamtes Dortmund rund 36 000 arbeitsuchende Bergarbeiter aufzuweisen hat und dessen Feierschichten von 29 000 arbeitstäglich im Juni auf 42 000 arbeitstäglich in der zweiten Juliwoche angewachsen sind, steht vor neuen grossen Entlassungen. Die Gelsenkirchener Bergwerks-A.G. hat Antrag auf Entlassung von 1200 Arbeitern gestellt, und zwar für die Zeche Pluto 175, Nordstern 105, Holland 220, Bonifatius 200, Zollverein 350 und Graf Moltke 150. Die Harpener Bergbau-A.G. entlässt auf der Zeche Gneisenau 120 und auf der Schachtanlage Robert Müsser 150 Mann. Die Gewerkschaft Heinrich legt die Zeche Adler still und entlässt 325 Mann der Belegschaft. Der Rest wird auf Zeche Heinrich übernommen. Dazu kommen die Entlassungen von 600 Mann bei den Vereinigten Stahlwerken durch die Stillegung des Karl Friedrich-Erbstollens im Bochumer Bezirk.

SPD. Paris, 24.Juli (Eig.Drahtb.)

Der französische Ozeanflieger Costes hat nach einem Probeflug von 83 Stunden 30 Minuten, der zu seiner vollen Befriedigung ausgefallen ist, seinen Apparat zu einem Ozeanflug nach Amerika fertig gestellt. Sobald es die atmosphärischen Verhältnisse erlauben, will Costes starten.

SPD. Am Mittwoch hielt die "Konservative Volkspartei" in Berlin eine Gründungsversammlung ab, an der nach der Berliner "Kreuzzeitung" auf Einladung u.a. folgende Persönlichkeiten teilnahmen :

"Staatsminister a.D. Dr, Lentze, Staatsminister a.D. Schmidt-Ott, Fürst zu Stolberg-Rosla, Graf Dohna-Brunau, Graf Arnim-Muskau, Freiherr von Braun, Freiherr von Landsberg, Herr von Waldow-Reitzenstein, Präsident Dr. h.c. von Oppen, Präsident von Hahnke, General von Winterfeld, Generalsuperintendent Vits, Reichsbankpräsident a.D. Dr, Schacht, Kommerzienrat Ernst von Borsig, Bankdirektor Dr. Solmssen, Dr. h. c. Dräger, Generaldirektor Heubel-Annahütte, Universitätsprofessor Dr. Eduard Meyer, Exzellenz von Willamowitz-Möllendorf."

Der politische Charakter der neuen Gründung liegt nach dieser Anwesenheitsliste klar zu Tage. Was sich in dem neuen Verein zusammengefunden hat; sind keine Repräsentanten des Volkes, das sind zum grössten Teil Reaktionäre vom reinsten Wasser. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten haben in ihm nichts zu sagen und deshalb natürlich auch nichts zu suchen! Eine "Volkspartei" ist die Gründung nur dem Namen nach.

SPD. Köln, 24.Juli (Eig.Drahtb.)

Am Donnerstag wurde an der Koblenzer Unglücksstelle noch eine weibliche Leiche gefunden. Man vermutet, dass noch zwei junge Mädchen, die bisher vermisst werden, ums Leben gekommen sind.

Die "Rheinische Zeitung" macht zu der Schuldfrage in ihrer Donnerstag-Ausgabe folgende Ausführungen : "Wer trägt die Schuld, dass etwa 100 Menschen auf den für solch starken Verkehr gar nicht bestimmten Steg kamen? Das Publikum? Es hat, wie alle Erfahrungen gerade am Rhein zeigen, nie Bedenken und ist von der Gefährlichkeit einer Angelegenheit nur sehr schwer zu überzeugen. Die Polizei? Uns wird berichtet, dass am Neuendorfer Eck zur Feierstunde wirklich ein Schutzmann aufgestellt worden sei, der aber in die vom Eck zurückströmenden Menschen allein keine Ordnung habe hineinbringen können und deshalb resigniert beiseite getreten sei. Die Koblenzer Schutzpolizei war am Dienstag sicherlich überanstrengt. Sie war ungefähr vom Sonntag an so ziemlich ununter-

brochen im Dienst, bei der Befreiungsfeier in Mainz und bei dem Nürburgring-Rennen, das auch am Montag Massenandrang hatte. Wahrscheinlich hat man viel mehr Leute zur Spalierbildung gebraucht, als notwendig war. Schliesslich leben wir ja nicht mehr in Zeiten der Monarchie und der Tempelhofer Paraden. Mag auch sein, dass man einfach die Gefährlichkeit des ganzen Terrains und insbesondere des schwachen Brückenüberganges bei der allgemeinen Verkehrsregelung übersehen hatte, obschon man damit rechnen musste, dass das Neuendorfer Eck von Tausenden von Menschen aufgesucht werden würde."

SPD. Stuttgart, 24.Juli (Eig.Drahtb.)

Der württembergische Bauernbund zieht am Donnerstag in seinem Organ "Der schwäbische Landmann" zwischen sich und den Deutschnationalen den Trennungsstrich. Seit 1919 sei er mit den Deutschnationalen gegangen. Aber seit Hugenberg die Führung übernommen habe, hätten sich die Abgeordneten des Bauernbundes bei den Deutschnationalen nicht mehr wohl gefühlt. Hugenbergs Politik sei zu stark "preussisch" orientiert gewesen und hätte auf die Anschauungen der süddeutschen Abgeordneten zu wenig Rücksicht genommen. Hugenberg sollte sich in den preussischen Landtag wählen lassen. Dort habe er Gelegenheit preussische Politik zu machen. Der Bauernbund habe jetzt seine Handlungsfreiheit wieder. Er wünsche, dass sich im Reichstag eine starke Bauernpartei zur Vertretung der wirtschaftlichen und politischen Belange der Landwirtschaft bilde.

SPD. Der frühere Präsident der interalliierten Rheinlandkommission, Tirard, hat - wie uns aus Paris gemeldet wird - anlässlich der Koblenzer Katastrophe ein Beileidstelegramm an den Oberbürgermeister von Koblenz und an den früheren Reichskommissar, Baron Langwerth von Simmern, gesandt.

SPD. München, 24.Juli (Eig.Drahtb.)

Der bayerische Landwirtschaftsminister Dr. Fehr hat am Donnerstag seinen Rücktritt erklärt. Seine Fraktion hatte schon vor einer Woche ihren Austritt aus der Regierungskoalition beschlossen.

Die Verzögerung des Rücktritt Fehrs war verursacht durch eine Aktion des deutschnationalen Justizministers und seiner Parteifreunde, die darauf abzielten, den Vertrauensmann des Bauernbundes zum Verbleiben in seinem Ministeramt zu veranlassen, um nach Überwindung der finanziellen Schwierigkeiten des Haushalts die alte Bürgerblockkoalition wieder herzustellen. Den deutschnationalen Urhebern dieses Planes war es dabei selbstverständlich in erster Linie um die Rettung ihrer eigenen nicht mehr lange haltbaren Position zu tun, in die sie durch die Zerstörung ihrer Partei durch Hugenberg auch in Bayern gekommen sind. In Dr. Held, der sich selbst offensichtlich in der letzten Etappe seiner Ministerpräsidentschaft befindet, hatten die deutschnationalen Drahtzieher einen willkommenen Helfer gefunden. Die nur mühsam in Gang gebrachten Verhandlungen mit dem Bauernbund haben aber zu keinem Ergebnis geführt, sodass der Rücktritt Fehrs unvermeidlich war.

SPD. Der Reichsrat genehmigte am Donnerstag, nach einer Trauerkundgebung für die Opfer der Koblenzer Katastrophe, eine Änderung der Reichsstimmordnung, die notwendig geworden ist, weil in der bisherigen Fassung nicht der Fall vorgesehen war, dass während einer Wahlperiode mehrere Parteien aus einer bishe-

rigen Partei entstehen. Die neue Fassung der Reichsstimmordnung besagt darüber :

"Die Nummernfolge für die Reichswahlvorschläge der Parteien, die Abgeordnete in den letzten Reichstag entsandt haben oder zu denen sich Abgeordnete des letzten Reichstages bekannt haben, werden vom Reichsminister des Innern festgesetzt. Hierbei gelten folgende Regeln: a) Parteien, die Abgeordnete in den letzten Reichstag entsandt haben, werden zuerst aufgeführt und zwar in der Reihenfolge der Stimmenzahl, die sie bei der letzten Reichstagswahl erhalten haben. b) Parteien, die Abgeordnete in den letzten Reichstag nicht entsandt haben, zu denen sich aber Abgeordnete des letzten Reichstags bei Schluss der Wahlperiode oder im Zeitpunkt der Auflösung des Reichstages bekannt haben, erhalten die anschliessenden Nummern in der Reihenfolge der Zahl dieser Abgeordneten. Massgebend ist das beim Reichstag geführte Verzeichnis der Mitglieder des Reichstags. c) Bei gleicher Stimmenzahl (Fall a)) oder bei gleicher Abgeordnetenzahl (Fall b)) entscheidet die Reihenfolge der Parteien nach den Einheits A B C - Regeln.

Reichen Parteien, die nach dem vorigen Absatz eine Nummer erhalten haben, Reichswahlvorschläge nicht ein, so fallen ihre Nummern aus. Reichswahlvorschläge von Parteien, die Abgeordnete in den letzten Reichstag nicht entsandt haben und zu denen sich auch Abgeordnete des letzten Reichstags nicht bekannt haben, erhalten die an die Nummernfolge des Reichsministers des Innern weiter anschliessenden Nummern in der Reihenfolge, wie die Reichswahlvorschläge beim Reichswahlleiter eingehen.

Ferner wird neu bestimmt: Werden in einem Wahlkreis Reichswahlvorschläge verschiedener Parteien demselben Reichswahlvorschlag angeschlossen, so erhalten die Kreiswahlvorschläge die Ordnungsnummer ihres Reichswahlvorschlags unter Zusatz von Buchstaben, sofern ein Zusammenhang zwischen diesen verschiedenen Parteien besteht. Fehlt ein solcher Zusammenhang, so führen die Kreiswahlvorschläge der Partei, die den Reichswahlvorschlag eingereicht hat, ihre Ordnungsnummern ohne Buchstabenzusatz,während die Kreiswahlvorschläge der anderen Wählergruppen die Ordnungsnummer mit Buchstabenzusatz erhalten."

SPD. Essen, 24.Juli (Eig.Drahtb.)

Auf einer Tagung des Arbeitsausschusses der westdeutschen Getreidebörse und -Verbände übte das Mitglied des Verbandes der Getreide- und Futtermittel-Vereinigung Arthur Lehmann-Berlin scharfe Kritik an der Zollpolitik der Regierung Brüning. Die Folge der sich überschlagenden Zollpolitik sei der Boykott des Auslandes und eine Verhinderung der Preissenkung im Inlande. Die Agrarpolitik der Regierung Brüning sei einseitig zugunsten des Ostens. Die Lasten habe der Westen zu tragen. Eine Rentabilisierung der Landwirtschaft müsse auf dem Wege der Veredelungsproduktion gesucht werden. Wenn der Osten sich entvölkere, so sei das eine Folge der Rationalisierung der Grossbetriebe, die die Menschen vertreibe. Diese Entwicklung könne durch die Siedlung nach dem Beispiel Polens abgewendet werden.

Ein katholischer Geistlicher machte im Verlauf der Sitzung Mitteilung von der Gründung eines Verbandes für Veredelungswirtschaft in Bremen, der einen Zusammenschluss der bäuerlichen Veredelungswirtschaften des Westens darstelle und bezwecke,als Gegengewicht gegen die ostelbische Grosslandwirtschaft eine stetigere Agrarpolitik zu erzielen.

SPD. Bochum, 24.Juli (Eig.Drahtb.)

Das Landgericht Bochum verurteilte den Kommunisten Weinert aus Erkenschwiek wegen Stimmenkaufs zu 2 Monaten Gefängnis und den Zentrumsmann Pieper zu 500 Mark Geldstrafe. Weinert hatte sich Pieper gegenüber vor Monaten verpflichtet, bei der Wahl eines Gemeindevorstehers in Erkenschwiek seine Stimme gegen Zahlung von 700 Mark für einen Zentrumskandidaten abzugeben, um damit die Wahl eines sozialdemokratischen Gemeindevorstehers unmöglich zu machen.

In der ersten Instanz waren Weinert und Pieper zu je 3 Monaten Gefängnis und dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre verurteilt worden.

SPD. Bombay, 24.Juli (Eig.Drahtb.)

Die am Dienstag begonnenen Aussprachen und Verhandlungen zwischen den gemässigten indischen Führern Sapru und Jayakar mit Gandhi wurden am Donnerstag fortgesetzt. Gandhi übergab den Unterhändlern zum Schluss der Unterredung eine schriftliche Botschaft für Nehru. Die Aussichten für den Friedensschluss zwischen Gandhi und der anglo-indischen Regierung werden in den massgebenden Kreisen günstig beurteilt.

SPD. Von amtlicher Seite wird die Absicht, anstelle des Chefs der Presseabteilung der Reichsregierung Dr. Zechlin den Chefredakteur der schwerindustriellen "Deutschen Allgemeinen Zeitung" zu setzen, entschieden bestritten.

Wir halten von dieser Behauptung ebensoviel wie von der amtlichen Erklärung, dass der Staatssekretär der Reichskanzlei Dr. Pünder an der Abfassung des Hindenburgbriefes an den Preussischen Ministerpräsidenten nicht beteiligt gewesen sei. Oder trifft es nicht zu, dass der Chefredakteur der "Deutschen Allgemeinen Zeitung" sich am Mittwoch in einer Besprechung mit dem Reichskanzler grundsätzlich bereit erklärt hat, das Amt des Pressechefs der Reichsregierung zu übernehmen? Es mag sein, dass die Absicht, Zechlin durch den Leiter des genannten schwerindustriellen Blattes zu ersetzen, zurzeit nicht mehr besteht, dass sie bestanden hat, steht ausser jedem Zweifel und hängt eng mit dem Plan der Regierung Brüning zusammen, aktiv in den Wahlkampf einzugreifen. Dieser Plan der aktiven Propaganda soll in den nächsten Tagen in die Praxis umgesetzt werden, und da er hauptsächlich gegen die Sozialdemokratie gedacht ist, besteht innerhalb der Reichsregierung nach wie vor die Absicht, den gegenwärtigen Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung wegen seiner Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie auf irgend eine Art auszuschalten.

SPD. Bonn, 24.Juli (Eig.Drahtb.)

Von dem hiesigen Schöffengericht wurde der kommunistische Arbeiter Hans Schult wegen Aufforderung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Schult hatte die Teilnehmer an einer Erwerbslosenversammlung am 24.Februar aufgefordert, sich an einem Marsch nach Köln zu beteiligen und sich an das Verbot derartiger Demonstrationen nicht zu halten. Vielmehr müssten in Köln auch die 16 politischen Gefangenen befreit werden. Die Polizei sei mit den gleichen Waffen zu bekämpfen, die sie gegen die Arbeiter anwende.

SPD. Die Reichsregierung hat auf Antrag des Reichsverkehrsministers dem Oberbürgermeister von Koblenz 20 000 Reichsmark als Beihilfe für die durch das Brückenunglück Betroffenen zur Verfügung gestellt.

SPD. Breslau, 24. Juli (Eig. Drahtb.)

In der Schlussitzung des Bergarbeiterverbandstages sprach am Donnerstag Hermann Müller-Lichtenberg vom Bundesvorstand des ADGB über die Reaktion in Wirtschaft und Sozialpolitik. Müllers Ausführungen gestalteten sie zu einem scharfen Protest gegen die Lohnsenkungspläne der Industrie.

Der Kapitalismus hat stets - so führte Müller aus - die Handarbeit durch Maschinen ersetzt. Das ist nicht reaktionär, sondern revolutionär. Dieser Prozess macht erst die Bahn frei für eine sozialistische Gesellschaft. Es gibt kein Zurück, sondern nur Weiterentwicklung in der Richtung, die Karl Marx vorausgesehen hat. Diese Entwicklung bringt freilich für die Arbeiterschaft sehr schmerzhafte Begleiterscheinungen. Lohnabbau, Unterdrückung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet, Verschlechterung der sozialen Gesetzgebung und grosse Arbeitslosigkeit sind die reaktionären Begleitumstände. Sie wirken doppelt schmerzlich, weil wir vom politischen Umschwung 1918 alle sehr Grosses erwärteten. Aber haben wir nicht gelernt, dass es mit der politischen Macht allein nicht getan ist. Der Druck muss von mächtigen Wirtschaftskörpern verstärkt werden. Plötzlicher Umsturz würde unser vielfältiges Wirtschaftssystem nur zerstören. Wir wollen eine stete Fortentwicklung unter Beinflussung der Wirtschaft durch die Arbeiterkreise und den Ausbau des Mitbestimmungsrechts, die wir Wirtschaftsdemokratie nennen. Daraus macht man uns den Vorwurf, staatserhaltend zu sein. Das sind wir auch, aber es kommt uns auf die Schaffung des sozialen Inhalts im Staate an. Die gesteigerte Rationalisierung hat uns eine Ueberproduktion gebracht, die nicht aus dem Widerspruch zwischen Bedarf und Erzeugung, sondern aus dem zwischen Kaufkraft und Erzeugung ihre dauernde Verschärfung erfährt. Die grosse Frage, um die gestritten wird, ist die der Löhne und Preise. Die Unternehmer streben zur Senkung der Selbstkosten den Lohnabbau an, obwohl der Lohnanteil an den Produktionskosten immer geringer wird. Dieser Weg ist falsch. Leider ist die Staatsregierung, wie der Schiedsspruch von Oeynhausen beweist, auf dem gleichen Wege. Aber Unternehmer und Regierung irren, wenn sie glauben, dass die Gewerkschaften diesen Bestrebungen ruhig zusehen werden. Die Sozial-Abbaupläne der Regierung Brüning sind zum Teil durch die Auflösung des Reichstages verhindert worden. Auf Antrag eines deutschnationalen Zechendirektors hat man im sozialpolitischen Ausschuss auch die Knappschaft zu verschlechtern getrachtet. Man hat sich nur angesichts des Neuroder Unglücks vor der Durchführung geschämt. (Stürmische Entrüstung) Wir müssen diesen Abbauplänen gegenüber festhalten an unserer alten Forderung: Vereinigung der Versicherung, Ausbau der Selbstverwaltung, weitestgehende Mitwirkung der Versicherten auch an der Unfallversicherung. Die kommenden Wahlen werden Gelegenheit geben, den Willen der Arbeiterschaft zum Ausdruck zu bringen. Wir haben so viel Staatsgewalt, wie wir uns im Wahlkampfe erobern. Sie allein tut es aber nicht. Starke wirtschaftliche und politische Organisation der Arbeiter sind die Voraussetzungen des Fortschritts. (Andauernde lebhafte Zustimmung).

Als Ergebnis der Ausführungen Müllers finden ohne Debatte 3 Entschliessungen einstimmig Annahme. Die eine bringt den lebhaften Protest des Bergarbeiterverbandes gegen die von Regierung und Unternehmern geplanten reaktionären Anschläge auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet. Sie verlangt Hebung des Reallohns durch Abbau der Preise, wendet sich gegen die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung und gegen jede Gefahrengemeinschaft der verschiedenen Träger der Sozialversicherung untereinander, und fordert Erfüllung des Versprechens aus dem Artikel 161 der Reichsverfassung, der eine massgebende Mitwirkung der Versicherten in der gesamten Sozialversucherung zusagt. Die zweite Entschliessung verlangt Einbeziehung der ausgesteuerten Bergarbeiter in die Krisenunterstützung ohne besondere Beschlussfassung der Landesarbeitsämter. Die dritte wendet sich mit scharfem Protest gegen die verantwortungslose Wirtschaftsführung und fordert von der Reichs- und Staatsregierung geeignete Massnahmen in der Richtung der Sicherstellung von Arbeitsmöglichkeiten in verschiedenen Bergbauarten.

Der Bericht über das Untersuchungsergebnis der Hausdorfer Katastrophe wird von Schudy-Bochum erstattet. Er betonte, man müsse den ganzen Fall sehr vorsichtig beurteilen. Man könne im Falle Hausdorf von Schuld kaum sprechen. Oberbergrat Weber erklärte, so man eine Stillegung nicht ins Auge fassen könne, dann müssten in Zukunft möglichst wenig Leute an den gefährlichen Stellen beschäftigt werden.

In seinem Schlusswort würdigte Husemann die geschlossene Haltung und sachliche Arbeit des Verbandstags. Zum ersten Male in den 27 Jahren seiner Vorstandszugehörigkeit sei einstimmig die Wiederwahl des gesamten Vorstands erfolgt. An Hand eines Schriftwechsels der revolutionären Gewerkschaftsopposition mit dem Zechenverband Essen zeigt Husemann, wie die Opposition sich genau derselben Verhandlungstaktik befleissigt, wie die Gewerkschaften und knüpft daran die Frage: Warum dann noch Zersplitterung und Kampf gegen uns? Alle Absichten, die Arbeiter zu belasten und in noch tieferes Elend zu stossen, finden schärfsten Widerstand des Verbandes. Ein Wille nur beseelt uns: Einheit und Geschlossenheit in dem bevorstehenden Wahlkampfe! Nur wenn wir in demokratischer Gross- und Weitherzigkeit alle persönlichen Wünsche zurückstellen, werden wir stark sein. Unser Ruf ergeht an alle Bergarbeiter: schliesst euch zusammen in unserem Verband! Wahrheit und Klarheit werden uns vorwärtsbringen. "Nichts wird erlangt durch Weh und durch Ach, merkt es Ihr Knappen und handelt danach!" Im Glauben an die gute Sache des Proletariats werden wir siegen.

Mit einem dreifachen Hoch auf die freie Arbeiterbewegung, das begeistert aufgenommen wurde, ging die eindrucksvolle Tagung zu Ende. Den Erwecker der Arbeiterschaft, Ferdinand Lasalle, ehrte der Verband durch Niederlegung eines Kranzes an seiner Grabstätte.

Stärkt unseren Wahlfonds!

SPD. Der "Interessentenhaufen" der "bürgerlichen Parteien" sammelt sich zum Wahlkampf, die Sozialdemokratie niederzubringen. Bald wird im Lager der Grossagrarier, der Grossindustriellen und der Bank- und Börsengewaltigen der Bettelsack für die "antimarxistische Front" geschwungen werden.

Schon vor Jahresfrist erscholl aus Industriellenkreisen der Ruf nach einem Wahlfonds gegen die Sozialdemokratie. Jeder Arbeitgeber soll in ihn 1 Mark pro Kopf der von ihm beschäftigten Arbeiter abführen. Aus den Schweisstropfen ausgebeuteter Proletarier erpresste Millionenbeträge werden dem bürgerlichen "Interessentenhaufen" zufliessen.

Redner, Zeitungsredakteure und Flugblattschreiber, die sich dem Meistbietenden verkaufen, werden davon gedungen, "Interessentengruppen" und Kandidaten damit subventioniert, die politischen Sitten korrumpiert.

Wähler, die ihr willens und bereit seid, mit uns den Kampf zu führen gegen diese Verlumpung des politischen Lebens, gegen die Bedrohung der Demokratie, gegen die Herabdrückung der Kaufkraft der Massen, gegen wirtschafts- und fortschrittsfeindliche Steuerpläne, gegen die soziale Reaktion,

stärkt unseren Wahlfonds!

Berlin, den 24. Juli 1930.

Der Vorstand
der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands.

SPD. Lübeck, 24. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Zahl der Todesopfer der Lübecker Calmette-Katastrophe hat sich inzwischen auf 62 gesteigert. Krank sind noch 57 Kinder, gebessert hat sich der Zustand bei 73. Gesund, bezw. in ärztlicher Beobachtung befinden sich 59 Säuglinge.

Glossen

E R S C H E I N T N A C H B E D A R F

Besitz ist Schuld.

SPD. Als Kultusminister Grimme im Preussischen Landtag das Wort sprach: "Besitz ist Schuld", ging Widerspruch, aber auch Bewegung und ein Erschauern durch die bürgerlichen Parteien. Nach dem grossen Grubenunglück von Neurode hat der gleiche Schauer die gesamte Oeffentlichkeit ergriffen. Im Augenblick des Bekanntwerdens der Katastrophe schien die Erschütterung dies Schuldbewusstsein an den Tag zu rufen. Es hat nicht lange vorgehalten! Im Neuen Tageblatt Waldenburg stand nach dem grossen Unglück die folgende Notiz:

"Zum Besten der Hinterbliebenen der Hausdorfer Bergknappen. Ein grosses Wohltätigkeitsfest im Salzbrunner Kurpark Hotel. In den gesamten Räumen des Kurpark Hotels in Bad Salzbrunn findet eine Sonderveranstaltung grossen Stiles statt. Diese wird den Charakter eines Bordfestes auf dem Hapag Dampfer "Oceana" und gleichzeitig als Wohltätigkeitsfest zum Besten unterstützungsbedürftiger kinderreicher Bergmannsfamilien des niederschlesischen Steinkohlenrevier und vor allem der Hinterbliebenen der bei Neurode zu Tode gekommenen Bergknappen auf breiter Basis arrangiert. Der Reinertrag aus Eintrittsgeld, Tombola usw. wird zu dem genannten guten Zweck abgeführt. Die Oberleitung der Veranstaltung, an der auch die Hamburg-Amerika Linie mitwirkt, liegt in den Händen des Leutnants zur See Werner Osan. Man darf wohl annehmen, dass diese Veranstaltung das Fest der Saison von Bad Salzbrunn wird, zu dem jeder im Interesse der guten Sache sein Scherflein beitragen sollte."

Ein Teil der Opfer von Neurode liegt noch ungeborgen im Schacht. Ueber ihnen tanzen die Kurgüste von Salzbrunn im Kurpark Hotel beim "Wohltätigkeitsfest". Das ist die ganze Wirkung, die der Erschütterung ihres Gewissens durch die Neuroder Katastrophe hervorgerufen hat!

Wann kommt nach dieser Probe auf das soziale Gewissen der grosse Ball in Coblenz zum Besten der Hinterbliebenen der Opfer der Coblenzer Brückenkatastrophe?

Auch eine Befreiungsfeier.

Alljährlich wird am 24. Juli in Deutschland eine Befreiungsfeier begangen. Die Stadt Stralsund feiert die Wiederkehr des Tages, an dem im Jahre 1628 Wallenstein die Belagerung der Stadt aufhob. Die Feier ist eine ganz offizielle Angelegenheit. Sie besteht aus Umzügen, Festgottesdiensten und einer grossen Wasserparade um den Dänholm, einer vor Stralsund gelegenen Insel. Diese Feier ist eine ganz tolle Angelegenheit: Die Stadt begeht festlich die Erinnerung daran, dass die Schweden gegenüber den deutschen Truppen standgehalten haben, sie feiert den Sieg des Reichsfeindes und triumphiert über den Rückzug des Reichsfeldherrn- Während man am Rhein die Befreiung deutschen Gebietes jubelnd begrüsst, feiert man in Stralsund die Erinnerung daran, dass deutsches Gebiet von fremden Besatzungstruppen siegreich behauptet wurde! Die Herren, die an der Spitze dieser merkwürdigen Feier stehen, sind selbstverständlich alles nationale Leute!

Zum Thema Reichsreform.

Eine sehr bekannte Bleistiftfabrik in Nürnberg verschickt ihre Produkte mit dem Aufdruck "Made in Bavarie" - in Bayern hergestellt. Die Firmeninhaber

sind so radikal weiss-blau, dass sie sich schämen, dem Ausland mitzuteilen, dass ihre Fabrik nicht nur in Bayern, sondern auch in Deutschland liegt.

Dies private Vorgehen hat eine interessante amtliche Nachahmung erfahren. In der bayerischen Staatsdruckerei ist eine Denkmünze fertiggestellt worden, die auf der Vorderseite das bayerische Wappen und die Umschrift trägt: "Ein eigenstaatliches Bayern im Deutschen Reich."

Da hätten wir also eine Denkmünze zur Propaganda gegen doe Reichsreform Es ist nur ein kleines Beispiel, aber man kann daran ermessen, wie gering die Chancen für die Reichsreform sind, wenn sie auf dem bisherigen amtlich-bürokratischen Wege weiter betrieben wird.

Falstaff-Göbbels.

Herr Göbbels lässt sich in seinem Blättchen ob seiner Heldentaten vor der Reichstagsauflösung kräftig feiern. Worin bestanden die Heldentaten des Herrn Göbbels? Man muss es in seinem Blättchen geniessen.

"Um nach den letzten Proben des journaillehaften Kampfes gegen unseren Parteigen. Dr. Göbbels immerhin im Bereich der Möglichkeiten liegenden Legendenbildung von vornherein vorzubeugen, teilen wir unsern Lesern mit, dass unser P.G. Dr. Göbbels selbstverständlich trotz seiner schweren Erkrankung im Reichstag anwesend war. Er trat nach einer halsbrecherischen Fahrt genau 5 Minuten vor der entscheidenden Abstimmung im Reichstag ein und konnte somit noch seine Stimme für die Auflösung des Reichstages abgeben. Es gelang ihm auch, unbehelligt aus dem Reichstagsgebäude sich wieder zu entfernen und er ist abends wieder nach Süddeutschland abgereist."

Eine Fahrt von Süddeutschland nach Berlin ist alltäglich. Wenn sie aber Herr Göbbels macht - halsbrecherisch; wenn ein Abgeordneter aus dem Reichstagsgebäude herausgeht, ist das keine riskante Sache. Herrn Göbbels aber "gelingt es, sich unbehelligt zu entfernen". So lag ich und so f'hrt' ich meine Klinge!

Hindenburg im Schlachthof.

Der famose § 4 des Hugenbergbegehrens, der Hindenburg mit dem Zuchthaus drohte, ist übertroffen! In einem Schreiben, das die nationalsozialistische Strassergruppe von Hitlerleuten erhalten hat, heisst es:

"Ihr habt Euch eingefunden in die Reihen der Barmat, Sklarek, Scheidemann, Waentig, Hindenburg usw. Euch Lumpenpack beehren wir einst mit dem Scheiterhaufen oder wir mieten die Schlachthöfe. Ohne Erbarmen, darauf schon heute ein Prosit."

Hindenburg in einer Reihe mit Sklarek - das ist für die Hakenkreuzleute ebenso bezeichnend, wie die Perspektive gleich einem St'ck Vieh vin ihnen fleischermässig im Schlachthof geschlachtet zu werden.

Er will es sich überlegen.

Im "Völkischen Beobachter" lesen wir das folgende Inserat: "Schriftsetzer, sympathisierender Nationalsozialist, Eintritt nicht ausgeschlossen, 20 Jahre alt, mit allen vorkommenden Arbeiten sucht Stellung." Eintritt nicht ausgeschlossen - aber er wird es sich noch überlegen. Findet er einen nationalsozialistischen Prinzipal, so wird er sich dessen Wohlwollen durch den Eintritt erkaufen. Feine Leute sind es schon, die sie haben und die zu ihnen gelaufen kommen!

Aus aller Welt

Massenmörderin Erde...

Die italienische Erdbebenkatastrophe. – 2 ooo Tote? – Lacedonia, das Leichenfeld – Furchtbare Not im Unglücksgebiet.– Das Totenfest des Philologen

SPD. Rom, 24. Juli 1930 (Eig. Ber.)

Ganz Rom ist in fieberhafter Aufregung. Vor den Depeschenbüros und den Aushängen der Zeitungen stauen sich die Menschen, um Einzelheiten von dem furchtbaren Unglück zu erfahren, das in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch in ganz Süditalien fürchterliche Verheerungen angerichtet hat. Fast viertelstündlich wechseln die Aushänge der Zeitungskästen und jede Viertelstunde verschlimmert das Bild der Lage, erhöht die Zahl der Opfer, die dieses Erdbeben gefordert hat. 1778 Tote und 4364 Verletzte hat man bis Donnerstag gezählt und noch ist kein Ende im Ansteigen dieser grauenvollen Ziffer abzusehen. Fast 6 ooo Häuser liegen in Schutt und Asche und unter den Trümmern liegen noch Hunderte und Aberhunderte begraben. Das blühende Land rings um Neapel ist zu einem Leichenfeld, zu einer Stätte des namenlosen Grauens geworden...

+

Erschütternde Szenen spielten sich im Unglücksgebiet ab. In Lacedonia traf das zerstörende Beben die Bevölkerung so völlig unerwartet, dass zahllose Menschen, vom panischen Schrecken ergriffen, nur notdürftigst bekleidet auf die Strasse stürzten. Der proletarische Stadtteil wurde von der Katastrophe besonders hart mitgenommen, hier steht kein einziges Haus mehr. Der Wohnbezirk von mehr als 6 ooo Menschen ist völlig dem Erdboden gleichgemacht. Die Korrespondenten der römischen Presse, die sich die so grausam heimgesuchte Stadt angesehen haben, berichten, dass aus den rauchenden Trümmern der eingestürzten Häuser fortgesetzt Wimmern und Stöhnen der Verletzten und Sterbenden ertönt, die man trotz der schon fortgeschrittenen Aufräumungsarbeiten noch nicht bergen konnte. Bis jetzt hat man hier 300 Tote und Tausende von Verwundeten festgestellt, die sämtlich von dem ersten vernichtenden Erdstoss ergriffen wurden. Villanova, ein Städtchen von 2 8oo Einwohnern, ist in einen Friedhof verwandelt. In Villanova beklagt fast jede Familie ein oder sogar mehrere Opfer der Erdkatastrophe. Besonders schlimm hat das Beben in Aquilonia gehaust, wo buchstäblich kein Haus der rollenden Erde widerstehen konnte. Ganze Familien sind ausgerottet, ein bekannter Arzt hat seine Frau und mehrere Kinder verloren. Er selbst konnte sich nur durch einen eiligen Sprung aus dem ersten Stock auf die Strasse retten, als Frau und Kinder ihm nachfolgen wollten, brach das Haus unter fürchterlichem Krachen zusammen und begrub die Bedauernswerten unter seinen Trümmern. Melfi, die alte Stadt, die schon von manchem Erdbeben heimgesucht wurde, hat das Beben gänzlich zugrunde gerichtet. Ausser dem Bahnhof und einer etwas abseits liegenden Siedlung ist von der schönen Stadt nichts mehr zu erblicken. Das alte Bisaccio ist bis auf zwei Häuser eingestürzt, unter den Opfern befinden sich zahllose Kinder, die zum Teil fürchterlich entstellt aus dem Chaos geborgen wurden.

+

In den entfernteren Gebieten sind die Verheerungen nicht so stark, wie unmittelbar am Ort der Katastrophe. Aber auch dort sind zahllose Häuser eingestürzt, auch dort sind viele Tote und Verletzte zu beklagen. In Neapel sind sechs Menschen, zum Teil in ihren Wohnungen, umgekommen. Ganze Strassenzüge

mussten geräumt werden, weil die Häuser durch das Beben so rissig geworden waren, dass man jeden Augenblick mit ihrem Einsturz rechnen musste. Die Neapolitaner hatte das Beben in panische Furcht versetzt, in der Unglücksnacht kampierte die ganze Stadt im Freien. Auch in der folgenden Nacht trauten sich die Bewohner nicht in ihre Häuser, weil sie eine Wiederholung des unheimlichen Erdbebens befürchteten.

+

Im ganzen Unglücksgebiet ist die Not furchtbar, trotzdem Hilfskolonnen in die zerstörten Städte und Dörfer entsandt worden sind. Halb irr wandern Tausende unter lautem Wehklagen durch die Trümmer und suchen ihre vermissten Angehörigen, die die grausame Natur ihnen jäh entrissen hat. Das Erdbeben hat eine unübersehbare Kette ergreifendster Tragödien zur Folge gehabt. So wird aus Aquilonia von einem Philologen berichtet, der nach bestandenem Examen seinen Freunden und Bekannten ein Fest gab. Als die fröhliche Runde gerade beim Essen sass, brach das Erdbeben mit elementarer Gewalt los. Alle Anwesenden, 23 Menschen, wurden von den Trümmern des zusammenbrechenden Hauses erschlagen. Das Wehklagen der Sterbenden war so entsetzlich, dass alles, was in der heimgesuchten Stadt noch am Leben war, vor dem Haus, das nun ein Massengrab darstellte, zusammenlief. Nur die Eltern des Philologen lebten noch, als man sie aus den Trümmern ausgrub. Sie waren jedoch so entsetzlich zugerichtet und so verstört, dass sie nichts mehr sagen konnten. Zwei Stunden später waren auch sie tot...

+

Auch die grossen Paläste Neapels sind von der Katastrophe nicht verschont geblieben. Die Kathedrale weist in ihren Mauern metergrosse Risse auf, der Palast des Erzbischofs Ascalesi ist schwer beschädigt. Inzwischen ziehen Unzählige zu den Kathedralen und rufen den Himmel an, dass er das fürchterliche Unglück beschwöre. Ueberall werden Bittgottesdienste abgehalten. Schwer liegt der sommerliche Himmel über dem trauernden Italien....

\+ + +

Die Raubmörder von Röntgental.

Sensation im nationalsozialistischen Mordprozess.

SPD. Berlin, 24. Juli (Eig. Ber.)

Räuber-Idealisten...

Der Donnerstag war ein ganz schwarzer Tag für die nationalsozialistischen Mordgesellen von Röntgental. Er brachte die bewegteste und aufschlussreichste Verhandlung des ganzen Prozesses. Klipp und klar wurde durch einen mit den Nationalsozialisten sympathisierenden Zeugen festgestellt, dass die Hitler-Strolche nicht nur den blutigen Feuerüberfall bei Meisel planmässig inszeniert haben, sondern dass sie auch ganz offensichtlich auf Raub ausgegangen sind. Die aufsehenerregenden Enthüllungen, dieser Verhandlung brachten die völkischen Rechtsanwälte völlig aus dem Häuschen; sie nahmen den verhängnisvollen Zeugen in ein gewaltiges, allerdings fruchtloses Trommelfeuer, verdächtigten die politische Polizei, die Untersuchung einseitig und rechtlich unzulässig geführt zu haben und wollten schliesslich sogar dem Untersuchungsrichter etwas am Zeuge flicken. All diese wenig fairen Manöver der ratlosen Verteidigung erbrachten kein Resultat –, die Situation der Röntgentaler Mörder ist hoffnungslos und die Anklage siegt auf der ganzen Linie.

Zionskis Bombe.

Zuerst wird der Primaner Minkewitsch vernommen, der sich noch dümmer anstellte, als er wahrscheinlich ist. Die lächerlichen Ausreden dieses hoffnungsvollen Knaben versetzen das Gericht in allgemeine Heiterkeit –, selbst die Verteidiger können sich eines diskreten Lächelns nicht enthalten. Entweder hat dieses kriegerische Hitlerbaby so wenig Gehirnsubstanz, wie man nach seinem Auftreten vor Gericht annehmen musste, oder es spielt in unverschämtester Wei-

se Theater. Nach diesem tragikomischen Intermezzo wird die Sache sehr interessant, als der Steinmetzlehrling Zionski als Zeuge auftritt. Zionski ist kein Nationalsozialist, aber er sympathisiert mit den Hitlerleuten. Er stellt eingangs fest, dass er keiner Partei angehöre, sondern nur mal ins "Edelweiss" mit gegangen sei, um "zuzuhören". Als er an der Ecke Schiller- Bahnhofstrasse vorbeikam, sah er etwa vier bis fünf Nationalsozialisten in Zivil und den Nazifunktionär Wuttke in Uniform dastehen. Er ging weiter, hörte einen dumpfen Schlag und sah, wie die Nationalsozialisten über einen Reichsbannermusiker herfielen und ihm die Trommel zertraten. Der Reichsbannermann rief "Ueberfall", worauf aus dem Lokal von Meisel 15 Reichsbannerleute herauskamen. Köppner rief ihnen protestierend entgegen: "Na, kommt doch mal ein bisschen näher heran, Ihr Burschen - !" Die Reichsbannerleute gingen auf diese freche Provokation nicht ein, worauf Köppner mit lauter Stimme schrie: "SA-Leute hier her, schlagt die Hunde zurück!" Zionski ging darauf mit einer Anzahl Nazis ins Faschistenlokal "Edelweiss", wo man sich gemeinsam um einen Tisch setzte, allerhand alkoholischen Getränken zusprach und gewaltige Kampfreden schwang. Als die Edelrecken schon reichlich animiert waren, kam plötzlich ein Nationalsozialist hereingestürzt und brüllte in wilder Erregung: "Achtung, Achtung! Die Bananen klettern über den Gartenzaun", worauf alles aufsprang und Köppner laut sagte: "Es wär mal ganz gut, wenn wir ihnen einen richtigen Denkzettel geben würden." Ein anderer meinte: "Wir sind zu schwach, wir müssen Verstärkung holen." Einer ging ans Telefon und rief in einem Berliner Lokal an. (In dem Faschistennest von Franz nämlich). Doch lassen wir Zionski wörtlich sprechen: "Wir gingen dann wieder vor das Meisel'sche Lokal, als uns ein Trupp Berliner Nationalsozialisten entgegen kamen, der uns zurief: "Wo ist denn die verdammte Bananenstampe?" Köppner sagte augenzwinkernd: "Na, das kommt noch. Geht mal erst ins "Edelweiss" Mir kam die Sache nicht geheuer vor und ich ging nachher über die Triftstrasse nach Hause. Vor dem Reichsbannerlokal sah ich, dass die Nationalsozialisten zu beiden Seiten Aufstellung genommen hatten. Dann fielen Schüsse, aber Genaues gesehen habe ich nicht mehr. Als die Polizei kam, bin ich getürmt."

"Da hätten die Schweine Geld in den Taschen..."

Die Aussagen Zionskis rufen grosses Aufsehen hervor. Der Staatsanwalt stellt fest, dass Zionskis Bekundungen vor dem Untersuchungsrichter noch präziser und eindeutiger waren. Anscheinend hat Zionski im Angesicht der Nationalsozialisten nicht mehr genügend Mut, sich mit hundertprozentiger Klarheit auszusprechen. Aber was er sagt, genügt völlig, um besonders den aggressiven Rechtsanwalt Becker, der es in seiner Verärgerung geradezu darauf anlegt, mit Staatsanwaltschaftsrat Stehnig in Streit zu geraten, gänzlich aus dem Konzept zu bringen. Nach der ersten Bombe folgt eine zweite. Zionski hat noch viel mehr gehört. So, dass ein Nationalsozialist im Lokal "Edelweiss" unter dem Beifall seiner Spiessgesellen gerufen hat: "Heute muss es klappen. Ich brauche unbedingt eine neue Windjacke, mal sehen, dass ich ein neues Fell ergattern kann -!" Ein anderer rief, nicht minder laut über den Tisch: "Schade, dass heute nicht Freitag ist, da hätten die Schweine wenigstens Geld in der Tasche!" Trotz einer wilden Attacke der aufs schwerste beunruhigten Verteidigung bleibt Zionski bei seiner Behauptung, die den Mordüberfall des Hakenkreuzgesindels in ein ganz neues Licht zu setzen in der Lage ist. Man muss also annehmen, dass die Röntgentaler SA.-Mannen weniger politische, als hauptsächlich gemeine kriminelle Motive hatten, als sie die ahnungslosen Gäste des Restaurants Meisel aus dem Hinterhalt überfielen. Plündern, morden und rauben, das war die herrliche Devise der Hitlerverbrecher von Röntgental. Die Ergebnisse dieses wahrhaft aufschlussreichen Prozesses verdienen es, in den allerweitesten Kreisen bekannt zu werden! -

Ein "süsser kleiner Mord"...

Zwischen Verteidigung und Staatsanwaltschaft kommt es andauernd zu Zwischenfällen, da die Verteidiger ihre Nervosität nicht mehr zügeln können. Als Staatsanwaltschaftsrat Stehnig an den Zeugen eine Frage richtet, springt Rechts-

anwalt Dr.Becker auf und ruft mit heiserer Stimme in den Saal: "Aber Herr Staatsanwalt, Sie sind schrecklich. Jetzt soll Ihnen wohl der Zeuge auch noch sagen, dass man einen süssen kleinen Mord vorher verabredet hat!" (!)Dann unternimmt der Verteidiger einen etwas plumpen Angriff auf Zionski: "Sie sollen einmal in einer politischen Sache vom Reichsbanner hundert Mark Bestechungsgeld für eine falsche Aussage bekommen haben. Stimmt das?" (!) Der Zeuge weist diese Verdächtigung entrüstet zurück.

Nazi Wildies,der Prophet.

Auch die Nachmittagsverhandlung gestaltet sich sehr interessant und bewegt. Als Zeuge wird der Anstreicher Alfred Wildies, ein Röntgentaler Nationalsozialist vernommen,der die blühendsten Märchen von irgendwelchen verdächtigen Reichsbannerleuten, die er am Mordabend in den Röntgentaler Strassen gesehen haben will, erzählt. Als er in die Nähe der Bahnhofstrasse kam,sei ihm ein Trupp Reichsbannerleute entgegen gekommen, die ihn sehr verdächtig angesehen hätten.Besonders aufgefallen wäre ihm ein flotter Mann mit einem auffallenden Spitzbart. Das sei sicher der nachher erschossene Kube gewesen. (Dabei steht fest,dass Kube überhaupt nicht auf der Strasse war, sondern aus einer Mieterversammlung im Restaurant Meisel kam,als ihn die tödliche Kugel niederstreckte!) Aber lassen wir diesen famosen Zeugen, der das Blaue vom Himmel herunter schwindelt,persönlich sprechen: "Ich sah bei Meisel eine Anzahl Reichsbannerleute stehen. Mehrere Minuten später hörte ich eine Anzahl Schüsse. Da lief ich ins Café Gilka und rief auf der Redaktion des "nationalen Sozialisten" an, dass das Reichsbanner die Nationalsozialisten mit Revolverschüssen überfallen hätte!" (!!) Staatsanwalt Stehnig: "Und worauf stützen Sie diese Behauptung? Hatten Sie denn überhaupt etwas von der Sache gesehen?!""Nein,garnicht,aber ich nahm es an,weil mir doch vorher die Reichsbannerleute aufgefallen waren." Vorsitzender: "Beim Untersuchungsrichter haben Sie übrigens ganz etwas anderes gesagt!" "Ja, der hat mich bewusst in Verwirrung gebracht und immer wieder abgelenkt, nur um die Nationalsozialisten zu belasten. Dass die Reichsbannerleute geschossen haben,ist doch klar. Ich habe ja selbst die Schusstellen in den Bäumen gesehen." Worauf der Sachverständige Professor Brüning befragt wird, der folgendes erklärt: "Ich habe die angegebenen Bäume eingehend untersucht und keine Einschüsse festgestellt. An einem andern Baum aber, der etwas abseits steht,habe ich eine offensichtlich verkleisterte und verschmierte Schusstelle festgestellt. Dieser Baum ist jedoch nicht aus der Richtung des Meisel'schen Lokals her getroffen worden,sondern umgekehrt."

Der beleidigte Dr.Becker.

Als Rechtsanwalt Becker kurz darauf wieder der Polizei die schwersten Vorwürfe macht, springt Staatsanwaltschaftsrat Stehnig auf und ruft: "Herr Verteidiger, Sie kennen ja das Material garnicht!" - "Das ist mir egal!" erwidert Bekker schnoddrig. "Wenn ich Ihnen aber sage,dass die Akten das Gegenteil beweisen, bleiben Sie auch dann noch bei Ihren Vorwürfen?" - "Ja!" -"Darauf können Sie wirklich stolz sein". Worauf der Verteidiger aufspringt und mit hochrotem Kopf fast schreiend folgende Erklärung abgibt: "Ich bitte um Schutz. Der Staatsanwalt glaubt,nicht vor persönlichen Beleidigungen zurückschrecken zu brauchen. Ausserhalb dieses Hauses kann ich mich selbst schützen,hier geht das nicht." Staatsanwaltsschaftsrat Stehnig: "Ich habe nichts zurück zu nehmen." Zum Schluss der Verhandlung wird der Untersuchungsrichter,Landgerichtsrat Zimmer, vernommen, dessen präzise Aussagen einwandfrei die völlige Korrektheit seiner Untersuchungsführung ergeben. Der Zeuge Wildies wird nun sehr kleinlaut und tritt, Auge in Auge mit dem Untersuchungsrichter, einen schmählichen Rückzug an. Auf einmal will er nichts gesagt haben.- Die völkischen Anwälte und ihre Klienten haben die Schlacht verloren. Das steht schon jetzt einwandfrei fest!

\+ + +

Autounfall des Lloydpräsidenten Heineken. Der Präsident des Norddeutschen Lloyd, Philipp Heineken, erlitt am Donnerstag nachmittag, von Dresden kommend, auf der Lichtenrader Chaussee südlich von Berlin, einen Autounfall. Sein Wagen stiess mit einem Lastkraftwagen zusammen. Heineken flog mit dem Kopf gegen eine Fensterscheibe und wurde aus dem Wagen hinausgeschleudert. Er erlitt eine grosse Schädelwunde, eine Brustquetschung und innere Verletzungen. Auch der Chauffeur seines Wagens und ein im Wagen befindliches Direktionsmitglied des Norddeutschen Lloyd erlitten Verletzungen. Die Verunglückten wurden ins Krankenhaus gebracht, wo der 70jährige Lloydpräsident einer Operation unterzogen wurde. Lebensgefahr soll bei ihm nicht bestehen.

\+ + +

Frenzel aus der Haft entlassen. Der vierte Strafsenat des Berliner Kammergerichts hat die Haftbeschwerde des Amtsvorstehers Frenzel zurückgewiesen, weil weiter Fluchtverdacht bestehe und die Beschwerde gegen die Fortdauer der Haft nicht gerechtfertigt sei. Gegen Stellung einer Kaution von 10 000 Mark soll Frenzel jedoch von der Untersuchungshaft verschont bleiben. Die vor einigen Tagen verbreitete Nachricht, dass Frenzel einen Tobsuchtsanfall erlitten habe, wird amtlich als unrichtig bezeichnet.

\+ + +

Im Kleinflugzeug über den Ozean. Die beiden deutschen Sportflieger Wolf Hirth und Oskar Weller sind am Donnerstag früh in Tempelhof mit einem Klemm-Kleinflugzeug aufgestiegen und gegen 12 Uhr in Köln gelandet. Die beiden Flieger haben die Absicht, einen Etappenozeanflug über England, Schottland, Island, Grönland nach Kanada und den Vereinigten Staaten zu unternehmen. Wolf Hirth, ein Bruder des bekannten Vorkriegsfliegers Helmut Hirth, hat sich erst nach dem Kriege dem Flugsport gewidmet und in den letzten Jahren grosse Erfolge erzielt. Im vorigen Jahre gewann er den Hindenburg-Pokal und vor zwei Jahren den deutschen Zuverlässigkeitsflug. Erfahrungen im Navigieren über dem Ozean hat er freilich bisher noch nicht gesammelt.

\+ + +

Wo steckt Harry Domela? In einem Berliner Gerichtsgebäude ist eine Klage gegen Harry Domela angeschlagen, der von einem führenden Hotel in Frankfurt /M. auf Zahlung eines schuldig gebliebenen Rechnungsbetrages von 116,45 Mark und 8 Prozent Zinsen seit dem 1. Januar 1930 verklagt ist. Eine Zustellung an ihn war nicht möglich, da sein Aufenthalt unbekannt ist.

\+ + +

Niemand will den Schinken haben. Bei einer Versteigerung von Kunstgegenständen aus dem Inventar des Wilhelms-Palastes in Stuttgart wurde für das Kolossalgemälde "Romeo und Julia" von Wilhelm von Kaulbach nur ein einziges Angebot in Höhe von 50 Mark abgegeben. Das Bild wurde deshalb aus der Versteigerung zurückgezogen.

\+ + +

Wasserrohrbruch in Paris. Durch einen Wasserrohrbruch im Süden von Paris wurde ein ganzer Stadtteil unter Wasser gesetzt und der Verkehr in mehreren Strassenzügen unterbunden. Da es der Feuerwehr nicht sofort gelang, die Wassermassen zurückzudrängen, musste zeitweise der Untergrundbahnverkehr mit Rücksicht auf Kurzschlussgefahr und ebenso der Strassenbahnverkehr eingestellt werden.

\+ + +

Ins Wasser gestreut. Die Asche des am Dienstag bei dem schweren Fliegerunglück in England getöteten Piloten Henderson wurde am Donnerstag nachmittag von der Mutter und der Gattin des Toten vom Flugzeug aus ins Meer gestreut.

Wirtschaft Technik Handel

Brotwucher.

(Übersteigerte Bäckerspannen. - Kopenhagen hat höhere Löhne, aber billigeres Brot

SPD. Angesichts der Vorgänge auf den Getreidemärkten während des letzten Jahres ist immer wieder die Frage aufgeworfen worden, wer nun eigentlich z.B. an dem katastrophalen Sturz der Roggenpreise verdient habe.

Gegenüber dem ersten Halbjahr 1929, das einigermassen stabile mittlere Roggenpreise hatte, ist im ersten Vierteljahr 1930 je Kilogramm in Berlin der Roggenpreis um 4½ Pfennig gesunken, der Brotpreis nur um 2 Pfennig, in Breslau der Roggenpreis um 4½ Pfennig, der Brotpreis um 3 Pfennig und in Dresden der Roggenpreis um 5 Pfennig, der Brotpreis um 2 Pfennig. In München hat sich der Roggenpreis um 4 Pfennig gesenkt, der Brotpreis ist jedoch unverändert geblieben. Für Köln ist eine Senkung des Roggens um 6 Pfennig festzustellen, der Brotpreis ist aber um 4½ Pfennig gestiegen. Danach haben die Bäcker an der Roggenpreissenkung profitiert.

Die Bäcker behaupten aber, man dürfe bei der Beantwortung der Frage nicht vom Getreidepreis, sondern man müsse vom Mehlpreis ausgehen. Berücksichtigen wir den Mehlpreis, so ergibt sich, dass im ersten Vierteljahr 1930 je Kilogramm gegenüber dem ersten Halbjahr 1929 in Berlin die Mehlkosten um 3 Pfennig gesunken sind, der Brotpreis um 2 Pfennig, in Breslau der Mehlpreis um 3 Pfennig und der Brotpreis ebenfalls um 3 Pfennig und in Dresden der Mehlpreis um 3½ Pfennig, der Brotpreis nur um 2 Pfennig. In München ist der Mehlpreis um 1 Pfennig gesunken, der Brotpreis blieb unverändert. Unverändert blieb in Köln der Mehlpreis, während für den Brotpreis eine Steigerung von 4½ Pfennig vorliegt.

Bei unserem letzten Vergleich ist ohne Zweifel das Missverhältnis zwischen der Rohstoff- und Brotpreissenkung gemildert. Eine mangelnde Anpassung der Brotpreise an die Senkung der Rohstoffkosten bleibt aber bestehen und zwar zum Teil in ganz erheblichem Masse. In unserem Beispiel macht nur Breslau eine Ausnahme. In den letzten Jahren sind die Zwischenkosten zwischen Korn und Mehl gesunken, die Zwischenkosten zwischen Mehl und Brot sind aber gestiegen und zwar nicht nur gegenüber dem Jahre 1913, sondern auch gegenüber den Jahren in der Inflation.

Die Bäcker führen diese auffallende Entwicklung auf die starke Erhöhung gewisser Unkosten, vor allem der Heizungsunkosten, der Steuern, Löhne und Soziallasten zurück. In den "Blättern für landwirtschaftliche Marktforschung", die das Institut für landwirtschaftliche Marktforschung - das Institut ist mit dem von der preussischen Staatsregierung an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin errichteten Lehrstuhl für landwirtschaftliche Marktforschungen verbunden - herausgibt, setzt sich Alois Brinkmeyer, der der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen angehört, mit diesen Problemen auseinander.

Er stellt fest, dass Heizungskosten und Steuern einen verhältnismässig kleinen Unkostenanteil darstellen. Hingegen bildeten die Verarbeitungs- und Verteilungslöhne und -Gehälter einen Hauptfaktor unter den Bäckerunkosten. Nun hätten die Tarifstundenlöhne gelernter Arbeiter in der Bäckereibranche seit 1929 etwas mehr als 200 % der Vorkriegsdurchschnittslöhne erreicht. Diese

nominelle Lohnsteigerung komme aber in den tatsächlichen Unkosten nicht annähernd voll zur Wirkung, weil die Verwendung von Maschinen mit Kraftantrieb in den Bäckereien seit dem Kriege ausserordentlich zugenommen hat. Den sonstigen verteuernden Momenten (sinkender Brotabsatz, höhere Heizungskosten usw.) stünden entlastende Momente gegenüber, wie die Verbesserung der Heizungsanlagen mit Erhöhung des Heizungseffektes, die zunehmende Herstellung von Konditorwaren, Verkleinerung des Unkostenapparates, wie sie zum Beispiel die Zunahme der Allein- und Lehrlingsbetriebe mit sich bringt.

Brinkmeyer kommt zu dem Schluss, dass mit der Erhöhung einzelner wichtige Bäckerunkosten eine Vergrösserung der Spanne Mehl:Brot nicht begründet werden könne. Gewisse Rückschlüsse liessen sich jedoch aus einer vergleichenden Betrachtung der Spanne Mehl:Brot ziehen. Zu diesem Zweck zerlegt Brinkmeyer den Preis für das meistgekaufte Brot verschiedener Grosstädte in seine Hauptbestanteile. Es ergibt sich dabei folgendes :

	Brotpreis	Mehlkosten des Bäckers	Brotspanne d.Bäcker
Breslau	34	22	12
Dresden	38	25	13
Erfurt	39	25	14
Magdeburg	39	24	15
Berlin	41	22	19
Mannheim	42	25	17
Frankfurt/Main	43	26	17
Krefeld	44	27	17
Essen	46	27	19
München	50	28	22
Köln	51	26	25

Die Unterschiede in den Bruttospannen der Bäcker von 30 bis 100 Prozent, wie sie zwischen Breslau, Dresden, Erfurt, Magdeburg einerseits Köln, München und Essen auf der anderen Seite bestehen, finden, so folgert Brinkmeyer, in der Unterschiedlichkeit der Zutaten, also der Kohlenkosten, der Mieten und der Löhne keine ausreichende Begründung. Die tatsächlichen Kostenunterschiede dürften zwischen den billigsten und teuersten der aufgeführten Städte etwa 20 bis 30 Prozent erreichen, nicht aber bis zu 100 Prozent. Auch die unterschiedliche Besetzung des Bäckergewerbes in den Städten könne die grosse Verschiedenheit der Spanne nicht erklären. Hier lägen Unterschiede vor, die in den Unkosten keine Erklärung finden. Nennen wir das Kind recht beim Namen: es wird auf dem Wege vom Getreide bis zum Brot ein schlimmer Wucher getrieben und die Aufrechnung ergibt, dass der Preissturz auf den Getreidemärkten, der den Konsumenten hätte zugute kommen müssen, hauptsächlich im Bäckergewerbe in Form überhöhter und übersteigerter Gewinnspannen hängen geblieben ist.

Die Bäcker bestreiten das und schimpfen auf die hohen Löhne. Demgegenüber interessiert in der Brinkmeyerschen Arbeit eine Vergleichung mit ausländischen Verhältnissen: "Die Bäckerlöhne liegen in Kopenhagen um ca. zwei Drittel höher als in Berlin. Wenn die Spanne in Kopenhagen ebenso gross wäre wie in Berlin, müssten daher bei gleicher Betriebsorganisation die übrigen Kosten um nahezu die Hälfte niedriger sein. In Wirklichkeit beträgt aber in Kopenhagen die Spanne zwischen Mehl im Grosshandel und dem meistgekauften Roggenbrot Anfang 1930 nur etwa 7 Pfennige je Kilogramm Brot gegenüber etwa dem dreifachen zur gleichen Zeit in Berlin! Die Differenz zwischen den Mehlkosten im Grosshandel (unter Berücksichtigung der Qualitätsunterschiede) in Kopenhagen und Berlin beläuft sich auf etwa 2 Pfennige je Kilogramm Brot, um die in Kopenhagen die Mehlkosten niedriger sind; sie ist also nicht entscheidend für den in Kopenhagen sehr niedrigen Brotpreis von nur 23 bis 24 Pfennig je Kilogramm Grobbrot, ein Preis, der um etwa 5 Pfennige unter dem Berliner Vorkriegsbrotpreis liegt.

SPD. Die Verhandlungen der Reichs- und preussischen Staatsregierung mit dem Mansfeldkonzern haben zu dem Ergebnis geführt, dass die Arbeit in den Mansfeld-Kupferbetrieben wieder aufgenommen wird. Ein Communique teilt darüber folgendes mit:

"Zwischen den beteiligten Regierungsstellen und der Mansfeld A.G. in Eisleben ist, auf Grund der Verständigung mit den Gewerkschaften eine Vereinbarung zustande gekommen, wonach der Kupferbergbau und Hüttenbetrieb sowie das Kupfer- und Messingwerk in Hettstedt noch im Laufe dieser Woche wieder in Betrieb genommen werden. Das Abkommen des Reiches und Preussens mit der Mansfeld A.G. stellen eine provisorische Regelung bis zum 31.Dezember 1930 dar. Nach dem Abkommen gewähren die Reichs- und preussische Staatsregierung vom Tage der Wiederaufnahme des Betriebes an für die Weiterführung des Kupferbergbau- und Hüttenbetriebes eine finanzielle Beihilfe in der Form eines zunächst zinslosen Darlehens in Höhe von 45o ooo bis 5oo ooo Mark monatlich. Zur Feststellung des gesamten Betriebsergebnisses bei der Mansfeld A.G. soll alsbald eine Prüfung durch die Deutsche Revisions- und Treuhand A.G. erfolgen. Ergibt diese Prüfung, dass der Mansfeld A.G. bis zum Jahresende kein Überschuss verbleibt, so gilt die bis zum 31.Dezember gewährte staatliche Beihilfe als verlorener Zuschuss. Bei Feststellung eines Überschusses dagegen muss der Kredit in dieser Höhe von der Mansfeld A.G. innerhalb Jahresfrist bei Verzinsung zum Reichsbankdiskont zurückgezahlt werden."

Ferner wird in der Mitteilung der Regierungsstellen darauf hingewiesen, dass diese öffentliche Geldleistung auch unter Berücksichtigung der Lohnsenkung von 9 1/2 Proz. nicht die Übernahme des vollen Risikos der Mansfeld A.G. darstelle, da bei dem heutigen Kupferpreis von 11,30 Cents rechnungsmässig noch ein erheblicher Fehlbetrag verbleibe. Angesichts der Gefahr einer bei den heutigen Kupferpreisen an sich unvermeidlichen längeren Stillegung des Kupferbergbaus hatten die Reichs- und Staatsbehörden geglaubt, eine geldmässige Hilfeleistung gewähren zu sollen, um die drohende Verelendung des gesamten Mansfelder Reviers zu verhindern.

Die Mansfeldverwaltung nimmt in einer Sondererklärung zu dem getroffenen Abkommen Stellung und betont, dass durch das erzielte Kompromiss das grössere Übel einer weiteren dauernden Stillegung verhindert worden sei. Das Provisorium habe deshalb seine Berechtigung, weil sich nicht ohne weiteres die Feststellung einer dauernden inneren Unrentabilität des Mansfelder Kupferbergbaues treffen lasse. Viel komme darauf an, ob sich bald Anhaltspunkte für die zukünftige Preisentwicklung auf dem Kupfermarkt gewinnen liessen. Die Zwischenregelung sei nur möglich gewesen, indem alle Beteiligten, die Regierungen, die Gewerkschaften und die Verwaltung der Mansfeld A.G. nicht nur in materieller Beziehung sondern auch im Hinblick auf ihre grundsätzlichen Anschauungen schwere Opfer gebracht hätten.

\+ \+ \+

Damit ist die Affäre Mansfeld, die die Öffentlichkeit seit dem Frühjahr 1930 beschäftigt hat, fürs erste erledigt. Die Vorgeschichte ist folgende: Im April 1930 sank der Kupferpreis infolge der unverständlichen Markt- und Preispolitik des internationalen Kupferkartells und der Weltwirtschaftskrise von rund 18 Cents auf 14,30 Cents und später, bis Ende Juli, auf 11,30 Cents. Das bedeutete für die Mansfeld A.G. eine Verringerung des Kupferpreises von etwa 1700 Mark auf 1050 Mark pro Tonne (1000 kg). Nach den Darstellungen der Mansfeldverwaltung ergibt sich aus der Senkung der Kupferpreisnotierung um einen halben Cent für sie ein Mindererlös von einer Million Mark, für das Jahr bei 22 ooo Tonnen Produktion berechnet also ein Mindererlös von 12 Millionen Mark. Nach dem Kupferpreissturz auf 14,30 Cents publizierte der Mansfeldkonzern ein Notprogramm; in ihm verlangte er neben einer 15 prozentigen Lohnkürzung Staatsunterstützung. In ihrer ursprünglichen Form - und das ist für die Beurteilung der am Donnerstag zustande gekommenen Einigung ungeheuer wichtig - besagte

die Mansfeldsche Forderung, dass der Staat Subventionen auf jeden Fall zu geben hätte, ohne dass sich Mansfeld einer Kontrolle durch das Reich und Preusse die für die Subvention in Frage kamen, unterwarf. Auch später stellte sich der Mansfeldkonzern auf den Standpunkt, dass ihhn Reich und Preussen für die Verluste im Kupfergeschäft zu entschädigen hätten. Der Konzern wollte aber mit seinen anderen Betrieben, Braun- und Steinkohlenzechen, und Gewinnen aus Kaliquoten nicht für die Verluste im Kupfergeschäft herangezogen werden. Vielmehr drohte die Mansfeldverwaltung, die Kupferbetriebe still zu legen, um als Kohlenkonzern weiter zu existieren. Das ist möglich. Die strittige Frage war also, ob die Mansfeldverwaltung mit ihren Gewinnen aus anderen Betrieben und Gesellschaften für die Verluste im Kupfergeschäft gerade zu stehen hätte oder nicht und ob sie einer Kontrolle unterzogen würde.

Die Regierung Brüning-Schiele und besonders der Reichsarbeitsminister Stegerwald waren bereit, den Forderungen der Mansfeld A.G. nachzukommen. Man hätte Mansfeld zum Grossubventionär ohne Kontrolle gemacht. Das ist durch Preussen verhindert worden. Jetzt werden der preussischen Regierung in der Presse Vorwürfe gemacht, dass sie eine Einigung verschleppt und verzögert habe. Dem gegenüber muss darauf hingewiesen werden, dass die am Donnerstag erzielte Einigung auf Betreiben Preussens ganz etwas anderes besagt, als die Mansfeld A.G. forderte. Die Mansfeld A.G. hat sich zunächst einmal einer Kontrolle des Reichs und Preussens zu unterwerfen, die durch die Deutsche Revision und Treuhand durchgeführt wird. Zweitens werden Gewinne und Verluste bei der Mansfeld A.G. nicht nur für die Kupferbetriebe, sondern für den ganzen Konzern errechnet. Mansfeld hat also nicht nur mit seinen Kupferbetrieben, sondern auch mit seinem Bergwerks- und sonstigen Besitz und Einnahme für Verluste grade zu stehen. Ausserdem hat der Konzern für die Verluste, die sich über die vom Reich und Preussen zugestandene Subvention ergeben, selbst aufzukommen. Durch diese Regelung wird verhindert, dass Mansfeld in seinen übrigen Betrieben Gewinne erzielt, während der Kupferbergbau notleidend bleibt. Wenn sich Reich und Preussen überhaupt zur Hilfe entschlossen haben, so nur deshalb, um den Mansfelder Kupferbergbau mit etwa 14 ooo Beschäftigten und damit den Wirtschaftsbezirk von Mansfeld nicht versacken zu lassen was mit einer Stillegung unausbleiblich war. Es liegt hier ein Ausnahmefall vor, dem unter Einsetzung aller möglichen Sicherungsfaktoren auf Betreiben Preussens Rechnung getragen wurde.

Verkehrt ist es auch, davon zu sprechen, dass Reich und Preussen mit Subventionen in einen Lohnkonflikt eingegriffen hätten. Eine solche Auffassung, die von der bürgerlichen Presse kolportiert wird, könnte zu Nachahmungen anreizen. Um dem vorzubeugen, sei festgestellt, dass bei der Mansfeld A.G. mit dem katastrophalen Kupferpreissturz eine anormale und aussergewöhmliche Lage geschaffen wurde und hier tatsächlich durch Preisbewegungen auf den Metallmärkten die Versackung eines ganzen Wirtschaftsbezirks drohte. Der Verband der Bergbauindustriearbeiter hat sich mit allen Kräften gegen die beabsichtigte Lohnreduzierung zur Wehr gesetzt. Die Gewerkschaften standen jedoch vor der Notwendigkeit, eine konstruktive Lösung in all den harten Schwierigkeiten zu finden. Sie mussten die Zumutung einer unerträglichen Lohnsenkung zurückweisen, hatten aber alles daran zu setzen, dass eine Stillegung der Mansfeldschen Kupferbetriebe und damit eine Versackung des Mansfelder Wirtschaftsbezirks unterblieb. Mit den Kampfparolen der Kommunisten und den sagenhaften Würsten und Speckseiten der Stahlhelmer war diese Lösung selbstverständlich nicht zu finden. Der Kampf im Mansfelder Gebiet, der acht Wochen dauerte, hatte nun ergeben, dass eine völlige Abwehr des Lohnabbaus nicht möglich war. Als die Verschärfung durch den abermaligen Kupferpreissturz unter 12 Cents kam, mussten die Gewerkschaften in den sauren Apfel der 9½prozentigen Lohnreduzierung beissen. Sie können für sich in Anspruch nehmen, dadurch Schlimmeres, die Verelendung des ganzen Bezirks, verhütet zu haben. Nach Lage der Dinge haben die Gewerkschaften herausgeholt, was herauszuholen war.

Verkaufslust wegen Geldbedarfs.

(Berliner Getreidebörse vom 24. Juli)

SPD. Entgegen den Erwartungen angesichts der stärkeren Regenfälle war die Tendenz an der Berliner Produktenbörse am Donnerstag im Verlaufe des amtlichen Verkehrs lediglich gut behauptet. Das hängt z.T. damit zusammen, dass die Landwirtschaft infolge Geldbedarfs in Inlandsbrotgetreide Verkaufslust hat Am Promptmarkt zeigten infolgedessen die Preise keine wesentlichen Aenderungen Am Lieferungsmarkt lag Weizen bis zu 1½ Mark höher, Roggen war stetig. Die Preise befestigten sich lediglich in den späten Sichten durch Aufkäufe der Interventionsstelle bis 1 Mark. In Weizen- und Roggenmehl konnte sich nur kleines Bedarfsgeschäft entwickeln. Die Preise waren gleichfalls wenig verändert. Hafer lag am Lieferungsmarkt bis zu 1 Mark höher. In Wintergerste hatte die Nachfrage etwas nachgelassen.

	23. Juli	24. Juli
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	-	-
Roggen	162 - 177	161 - 170
Braugerste	-	-
Futter- und Industriegerste	174 - 197	174 - 197
Hafer	174 - 182	174 - 182
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	32,oo - 39,75	31,75 - 39,50
Roggenmehl	23,oo - 25,90	22,75 - 25,75
Weizenkleie	10,25 - 10,75	10,20 - 10,60
Roggenkleie	10,25 - 10,75	10,25 - 10,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 288-289, September 263, Oktober 264½, Dezember 269½. Roggen Juli -, September 177-176¾, Oktober 181-180½, Dezember 190-189½. Hafer Juli 186-185, September 178¼-178, Oktober 184-182½, Dezember 188½-188. Andienungsschein vom 18. 7. (Attest v. 17.) = 183 bezw. Andienungsschein vom 21.7. (Attest v. 19.7.) = 182½ bez.

Eiernotierung.

(24. Juli)

SPD. Die Berliner Eiernotierungskommission notierte in Pfennigen je Stück ab Waggon oder Lager Berlin: A Deutsche Eier: Trinkeier, vollfr. gestemp über 65 gr 12.50, 60 Gr 11, 53 gr 10, 48 gr 9; frische Eier über 53 gr 9.50; aussortierte kleine und Schmutzeier 6.50 - 7. B. Auslandseier: Dänen 18er 12.50 - 12.75, 17er 12, 15½-16er 10.25; Schweden 18er 12.75, 17er 12, 15½-16er 10.50; Estländer 17er 11, 15½-16er 10; Holländer 60-62 gr 10.75 - 11.50, leichtere 10.25; Rumänen 8.50 - 8.75; Ungarn 8.75 - 9; Jugoslawen 8.75 - 9; Russen normale 8.50; Polen normale 7.75 - 8; kleine, Mittel- und Schmutzeier 6.50. Witterung: Regen. Tendenz: freundlicher.

Kartoffelpreise.

(24. Juli)

SPD. Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg ermittelte als Kartoffelerzeugerpreis je Zentner waggonfrei märkische Station: märkische Frühkartoffeln 4,70 - 5 Mark.

Die sozialistische Frau

FRAUENBEILAGE DES S•P•D

Nr. 54 Berlin, den 24. Juli 1930

Frau und Sport.[x]

SPD. In den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts war der Sport für Frauen noch ziemlich verpönt. Das erfahren wir sehr drastisch aus den Jugenderinnerungen von Isolde Kurz. Ihr Vater war damals Bibliothekar an der kleinen Universität Tübingen. Ihrer Mutter steckte bis zum Lebensende die Revolutionsromantik des Jahres 1848 im Blute, dazu eine ungeheure Begeisterung für das klassische Griechenland. Niemand begriff in dem kleinen Philisterneste, dass Frau Kurz ihre Tochter mit den Brüdern in geistigen und körperlichen Uebungen erzog. Mit Mühe hatte Isolde Kurz es durchgesetzt, dass sie die Reitschule der Universität besuchen durfte. Wenn sie hoch zu Ross im Damensattel durch die Strassen kam, war sie der Gegenstand allgemeinen Spottes. Ja, die Kinder warfen mit Steinen nach ihr. Aber ihr Ehrgeiz ging weiter. Als sie sah, wie ihre Brüder im heissen Sommer zum Schwimmen gingen, stieg der umstürzlerische Gedanke in ihr auf, den Senat zu bitten, dass wenigstens an einem Tage der Woche, und wäre es auch nur für eine Stunde, das Schwimmbad den Männern verschlossen und dem weiblichen Geschlechte zur Verfügung gestellt werde. Dieser Vorschlag wurde als im höchsten Grade unsittlich zurückgewiesen. "Wie, man wollte die Phantasie der männlichen Jugend beim Baden durch die Vorstellung vergiften, dass in diesem selben Wasserbecken sich kurz zuvor junge Mädchenleiber getummelt hatten?"

Das war damals die typische Einstellung zu allem Sport, den die Frauen treiben durften. Es dauerte lange, bis es ihnen beispielsweise möglich wurde, Schlittschuh zu laufen. Auch dann nur unter strenger Aufsicht von frierenden Müttern und Tanten, die am Ufer promenierten. Das Turnen in der Schule war meist auf eine Stunde in der Woche beschränkt. Nachher wurde es selten noch betrieben Auch der Tanz brachte nicht eigentlich die Befreiung des Körpers. Die Folge waren die vielen bleichsüchtigen Mädchen, die zarten müden Frauen.

Und doch haben schon die alten Griechen gewusst, dass der schöne Körper zu der schönen Seele gehört. Die Griechinnen trieben Bewegungsspiele. Ich erinnere an die in der "Odyssee" geschilderten Ballspiele der Nausikaa mit ihren Dienerinnen. Sie schwammen, sie tanzten Reigen im Freien. Sie verehrten die herbe Jägerin Artemis ebenso wie die schöne Liebesgöttin Aphrodite.

Lange Jahre verbot schon die Mode den Frauen alle diese Möglichkeiten der Bewegungsfreiheit.

Wie anders sind die Frauen von heute! Es ist kein Zufall, dass der Sport in engem Zusammenhange steht mit dem Streben der Frau nach Emanzipation. Die Frau, die geistig frei sein will, hat auch ihren Körper befreit. Es gibt kaum einen Sport, der der Frau von heute nicht zugänglich wäre. Er beginnt mit der Säuglingsgymnastik und setzt sich fort bis zur Hochschule für Leibesübungen. Die neue Zeit hat der Frau mancherlei gebracht, was sie zum Teil noch gar nicht hoch genug einschätzt. Sie hat ihr Gleichberechtigung und geistige Freiheit gebracht. Sie hat aber nicht nur den Geist der Frau befreit. Sie hat auch den Körper befreit aus der Einschnürung und Körperfremdheit früherer Zeiten in das freie Spiel der Bewegung, in Gymnastik, Rhythmus, Sport.

Aber der Sport hat überall, wo er nicht den Zweck hat, dass der Ehrgeizige sich nur als Einzelner auszeichnen will, auch eine tiefe ethische Bedeutung. Wahrer Sport ist demokratisch. Er führt die Massen zusammen. Er verwischt den

Standes= und Klassenunterschied. Der einfache,praktische Schwimmanzug,das ein=farbige Trikot der Turnerin wird von allen getragen,die es ernst meinen mit dem Sport. Nur der schöne, durchgebildete Körper kommt zur Geltung,und das, was er leistet. Das ist auch der Fall bei der Schneeschuhläuferin.Zu der ethi=schen Bedeutung kommt die hygienische. Die Industrien, die Warenhäuser fügen in die Arbeitszeit Ausgleichsturnen, Pausengymnastiken, Sportfreizeiten ein. Sie wissen, wie viel frischer ihre Angestellten dann wieder an die Arbeit ge=hen,wieviel leistungsfähiger sie sind. Der Sport gibt dem Menschen von heute auch die Möglichkeit, die Natur ganz anders kennen zu lernen als bei den sonn=täglichen Spaziergängen früherer Zeit. Die Frau, das Mädchen darf wandern. Auch das ist eine sportliche Betätigung.

Die zahlreichen Gymnastikschulen mit ihren verschiedenen Systemen haben das eine gemeinsam: den Körper bewegt zu machen,den gesetzmässigen Ablauf ei=ner "schönen", d.h. einer in sich abgeschlossenen Bewegung zunächst bewusst und dann unwillkürlich zu machen. Sport lehrt, sich einzuordnen,und wird so zum starken sozialen Faktor. "Es gilt, die deutsche Jugend zu retten vor der Zivilisation", erklärt Rudolf Bode, einer der neuen Körperkulturverkünder.Da=mit stellt er der Zivilisation, die den Menschen so oft verbildet hat,die Kul=tur gegenüber,die dem jungen Menschen von heute ein ernstes Bedürfnis ist,im Gegensatze zu der früheren Generation, die nur Geisteskultur gelten lassen wollte. Der Sport hat einen Frauentypus der Antike, den Typus der Artemis,als neues Idealbild geschaffen. Dieser Typus ist freier,widerstandsfähiger,auch dem Manne gegenüber. Sport führt die Geschlechter zusammen auf der Basis der Kameradschaft. Und diese knüpft bei späterer Ehe stärkere Bande als erträum=te Ideale und Illusionen, die der Wirklichkeit so selten standhalten.

Anna Blos.

Der wohltätige Schlaf.[x]

SPD. Was der Schlaf in seinem tiefsten Wesen ist, das war bis vor kurzem für uns ein unauflösbares Rätsel. Jahrtausendelang glaubte man,dass der Schlaf nichts weiter wäre als eine Unterbrechung des Wachzustandes, ein zeitweiliges Ausgeschaltetsein der Tageseindrücke, eine einfache Erschöpfung. Gegen die Richtigkeit dieser Anschauung sprach schon allein die Tatsache,dass gerade im Zustande der tiefsten körperlichen Erschöpfung der Schlaf uns oft genug flieht, dass er aber stattdessen auch ohne alle Müdigkeit sich bei den meisten Menschen am Abend gewohnheitsmässig einstellt.

Erst der Schlaf verleiht dem Menschen die Kraft,sein Tageswerk zu voll=bringen. Bekämpfung der Schlaflosigkeit ist darum eine der dringendsten For=derungen,die wir an die Kunst des Arztes stellen. Welche Mittel stehen nun dem gewissenhaften Arzte zur Beseitigung des Uebels zu Gebote? Soll er bei der täglich gehörten Klage seiner Patienten: "Ich habe die ganze Nacht kein Auge zugetan, habe jede Sturde die Uhr schlagen hören", sofort zum Rezeptblock greifen und vielleicht eins der zahllosen Schlafmittel verordnen,von denen die chemische Industrie täglich neue auf den Markt wirft? Sicher wird er es vor=ziehen, zunächst die Ursache der Schlaflosigkeit zu ermitteln und festzustellen ob eine organische Erkrankung des Schlafzentrums vorliegt, was übrigens nur selten der Fall ist, oder ob die Schlaflosigkeit durch übergrosse Erregung der Grosshirnrinde infolge körperlicher Schmerzen oder seelischer Aufregungen her=vorgerufen worden ist. In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle freilich wird sich das Uebel dem Arzt als nervös bedingt enthüllen. Bei dem Patienten, der "kein Auge zugetan" haben will, wird es sich möglicherweise gar nicht um Schlaflosigkeit handeln. Wohl aber leidet der nervöse,empfindsame Mensch,des=sen Skrupel und Zweifel auch des Nachts nicht schweigen, oftmals unter einem

sehr leichten Schlaf, aus dem jedes Schlagen der Uhr oder jedes unangenehme Körpergefühl - Hitze, Kälte oder Magendrücken - ihn aufschrecken lassen.

Mit Erfolg wird der Arzt bei der nervösen Schlaflosigkeit zunächst einmal zu einem leichten Beruhigungsmittel wie Brom oder Baldriantropfen greifen, die weniger als eigentliche Schlafmittel zu werten sind, sondern eher der Vorbereitung der Affektruhe dienen, die der Gesunde durch Ablegen der Kleider, Verdunkeln des Zimmers und Abstellen aller störenden Geräusche auf natürlichem Wege zu erzielen weiss. Ist dann erst ein gewisser Beruhigungszustand eingetreten, hat der Patient zu seinem Arzte Vertrauen gefasst, so sollte dieser zu einer seelischen Behandlung des Patienten übergehen, um die Ursache der Schlaflosigkeit, die Nervosität, an der Wurzel zu bekämpfen. Auch jede Steigerung der Erregbarkeit sollte der an Schlaflosigkeit Leidende vor dem Zubettgehen vermeiden: kalte Bäder ebenso wie starken Kaffee oder aufregende Gespräche Wo andere Wege gangbar sind, sollte jedenfalls eine längere dauernde Verabfolgung von Schlafmitteln stets vermieden werden, denn es gibt kein Schlafmittel, welches nicht bei längerer Darreichung zur Gewöhnung führen würde, - und das hiesse nichts anders als den Teufel mit Beëzebub austreiben.

Neben der Schlaflosigkeit ist vor allem die Uebermüdung das zweite grosse Uebel, an dem unsre Zeit krankt. Gewiss gibt es Menschen, die mit erstaunlich geringer Nachtruhe auskommen. Napoleon gilt als Musterbeispiel eines Kurzschläfers, dem 4 bis 5 Stunden Schlaf vollauf genügten. Bei der Mehrzahl der Menschen jedoch lassen sich die Stunden der Nachtruhe nicht ungestraft verkürzen. Schwere, bleierne Müdigkeit und erheblich verminderte Schaffenslust stellen sich in fast allen Fällen als Folge des verringerten Schlafes ein, - eine der schwersten Vergewaltigungen an der Menschen-Natur. "Die Müdigkeit", so sagt Dr. Peter Schmidt in seinem neuen Buche " Nicht müde sein!" (Paul List Verlag, Leipzig), "ist eine Massenerkrankung, - über die der grösste Teil der zivilisierten Welt laut und lauter stöhnt. Fragen wir nach der Ursache, so werden wir erkennen, dass diese Müdigkeit ein Produkt unserer Zeit ist." Die Lebensangst, unter der die Mehrzahl unsrer Volksgenossen heute leidet, zermürbt und ermüdet uns in nie geahnter Weise; die sogenannte "Amerikanisierung", das rasende "Tempo" verursachen einen Ermüdungszustand, der einer völligen Erschöpfung schon beinahe gleichkommt.

Muss aber der Einzelne dieses Tempo mitmachen? Müssen wir für unsre Person überall dabei gewesen, jeden Boxkampf und jeden neuen Film, "über den man spricht", selber gesehen haben? Müssen wir unbedingt den letzten Foxtrott im Radio gehört haben, auch wenn uns längst die Augen zufallen? Müssen wir nach einem Vortrag, einem Konzert unbedingt noch in ein Kaffeehaus gehen, - einfach weil wir bereits "zu müde sind, zu Bett zu gehen?"

In diesem Zustande der Uebermüdung bleibt ja doch kein Eindruck in uns haften. Schemenhaft gleiten Figuren des letzten Romans, den wir gelesen, des letzten Theaterstücks, das wir gesehen haben, an uns vorüber; nichts macht Eindruck auf uns, - alles fliesst, zerfliesst uns. Des Morgens wachen wir aus viel zu kurzem Schlummer wie zerschlagen auf. Taumelnd vor Müdigkeit wanken wir zum Waschtisch oder ins Badezimmer: lustlos begeben wir uns an unser Tagewerk, das uns unsäglich viel Mühe bereitet, denn alles geht dreimal so langsam, als wenn wir ausgeschlafen hätten. Alles ist uns zu viel. Zerwürfnisse mit Vorgesetzten oder Angestellten, Reibereien im Familienkreise sind die unausbleiblichen Folgen unsres Uebermüdungszustandes.

Wir können die Zeit nicht ummodeln. Wir sind machtlos gegenüber den Kräften der Gegenwart, - gegenüber dem Amerikanismus, dem Tempo, der Reklame- und Rekordsucht unsres Zeitalters. In unsern eigenen vier Wänden aber brauchten wir dieses Tempo nicht mitzumachen. Was des Achtstunden-Tages Recht ist, das ist der Achtstunden-Nacht billig. Von unsrer Nachtruhe sollten wir uns - abgesehen von Ausnahmefällen - nichts abhandeln lassen. In unausgeschlafenem Zustande, übermüdet und erschöpft, bringen wir uns selber um alle Lebensfreude, um allen Lebensgenuss.

Dr. Lily Wagner.

Mütter gegeneinander.[x]

SPD. Das Kind der Elga Mertens kam unerwünscht. Nach einer Zeit selbst=vergessenen Hingabe an ihren Geliebten kam der rasche Abfall in zitternde Angs vor dem Unvermeidlichen. Wer sollte für sie sorgen, wenn sie nicht zur Arbeit ging? Wie sollte ihr geringer Verdienst ausreichen für sich und das Kind?

Zu gross war ihre Abneigung gegen das Kind gewesen,als dass ihr nun,da ihr die Krankenschwester das rote,hilflose Wurm von Zeit zu Zeit ins Bett brachte, ein Gefühl von Freude aufgekeimt wäre. Sie wollte daran gar nicht denken. Sie gab ihm ihre Milch,damit ihre Brust geleert würde. Und da sie sich nun doch auf ein paar Tage geborgen wusste, genoss sie behaglich diese Zeit der Ruhe und sorglichen Betreuung. Wenn nur die Sorge um das Kind nicht gewese wäre! Die Schwester gab ihr Ratschläge, wie sie es zu nähren und zu behandeln habe. Elga konnte sich nicht vorstellen,wie sie diesen Anforderungen nachkom=men sollte, da sie doch den ganzen Tag ums nackte Leben arbeiten musste. Nur für ein Kind leben .... nicht in die Fabrik gehen...das kam ihr wie ein Märche vor.

Elga hatte Glück. Ein kinderloses Ehepaar nahm den kleinen Ernst in Pfle=ge. Auf ein Pflegegeld verzichtete Frau Langmann.

Frau Langmann nahm ein dürftiges,blaurotes Wesen in Empfang, dem niemand viel Lebenskraft zugetraut hätte. Aber den rauhen,rissigen Händen der kinder=losen Frau gelang das Wunder. Die schlaffen Glieder des Kindes wurden fest und prall, und bald strahlte der kleine Kerl vor Gesundheit und Lebensenergie. Ganz von selbst traf Frau Langmann das Richtige,als hätte sie Zeit ihres Le=bens nicht anderes getan als Kinder warten. Allmählich wurde der Wunsch in ihr wach, dieses Kind ganz zu besitzen. Beinahe schmerzlich empfand sie jetzt die Freude, mit der sie morgens den ersten Laut des Kleinen abwartete. Sie wagte nicht,jemandem etwas davon zu sagen. Die Furcht vor dem lauten Geständnis ih=rer Sehnsucht machte ihr oft das sprachen schwer und kaum erlaubte sie sich einen Gedanken daran,dass die wirkliche Mutter ihr Kind einmal für sich ver=langen könnte. Ach, sicher war Elga Mertens froh, auf diese Weise eine Last los zu werden. Und Ernst hätte doch an Frau Langmann,die ihn seit Monaten pflegte,eine viel bessere Mutter als an der Frau,die ihn zwar geboren,aber nicht als Bereicherung ihres Lebens erkannt hatte. Frau Langmann wurde rot bis unter die Haare, als sie sich auf diesen Gedanken ertappte, und sie verwies sich diese Beurteilung anderer Menschen.

Elga Mertens litt allmählich immer mehr unter der Trennung von ihrem Kin=de, Lange Zeit wollte sie sich nicht eingestehen,dass sie etwas verloren habe. Das Leben ging ja seinen Trott weiter. Neun Stunden Fabrik, Heimweg durch stau=bige Strassen,bescheidene Freude am Sonntag, ein anspruchsloses Tanzvergnügen oder ein Abend in einem billigen Kino. Es dauerte über ein halbes Jahr,bis sie spürte,dass ihr das Schicksal einen Wink gegeben hatte,wie sie ihrem Leben Halt und Wärme geben könnte.

Sie verschaffte sich Heimarbeit. Dann ging sie zu Frau Langmann,um ihr Kind heimzuholen. Aber sie fand unerwartet viel Widerstand. "Lassen Sie ihn doch noch hier,bis er gehen kann", bat die Frau.- "Nein, ich will ihn noch heu=te mitnehmen, unbedingt. Ich habe schon ein Bettchen gekauft. Schon heute Abend will ich ihn selbst hineinlegen."

In ihrer Liebe liess sich Frau Langmann zu einer übereilten Bemerkung hin=reissen. "Sie waren doch so froh, als ich es nahm. Was will denn so ein ledi=ges Mädchen mit einem Kind anfangen - Sie haben es doch von Anfang an nicht lieb gehabt." Aber sie erreichte das Gegenteil ihrer Absicht. Elga,flammenrot und unvermutet überfallen von einer Bewegung,die die ganzen Monate als Druck auf ihr gelegen hatte,erhob die Hand und schlug die Frau ins Gesicht. Sie liess die ganze Bitterkeit ihres hilflosen und rauhen Herzens mit diesem Schlag in das ruhige und sichere Leben dieser Frau hineinprasseln. Die beiden Frauen

hörten nicht mehr,wie der Kleine im Schlafzimmer erwachte. Sie kämpften mit den Fäusten um das Kind, lautlos und keuchend. Elga spürte den Schmerz nicht, den die abwehrenden Hände der Frau Langmann ihr zufügten. Sie kämpfte sich mit diesen Schlägen,die sie der Frau zufügte, aus der Dornenhecke von Vereinsamung heraus, in die auch ihr Geliebter nicht eingedrungen war. Die hellen Tränen liefen beiden Frauen übers Gesicht, als sie erschöpft voneinander abliessen. Frau Langmann sass auf dem Stuhl und trocknete ihr Gesicht mit der Schürze.Elga lag am Boden und schluchzte hemmungslos weiter: "....ich bin doch auch ein Mensch, und ich hab' nichts und niemanden auf der Welt, und, und...."

Als sie, einen Kinderlaut vernehmend, aufblickte, sah sie den kleinen Ernst auf dem Schosse seiner Pflegemutter sitzen,die im Begriffe war,ihn anzukleiden. "Nehmen sie ihn halt!" sagte Frau Langmann traurig. Elga näherte sich dem Kinde. Sie fühlte sich so leicht und befreit, seitdem sie wusste,wie sehr sie es liebte...aber wie konnte sie, die noch so unbeherrscht und gemütsarm war, das Kind für sich beanspruchen!

"Frau Langmann", sagte sie,während sie vor dem Kleinen kniete und ihm die Strümpfchen überzog, "behalten sie doch noch das Kind! Verzeihen Sie mir,wenn Sie können! Ich bin nicht glücklich."

Frau Langmann stand auf und setzte das Kind in den Wagen.Dann stellte sie eine Tasse Kaffee vor Elga hin. "Armes Mädel, kommen Sie oft, verbringen Sie den Sonntag bei uns,dann wird's mir nicht so schwer,wenn Sie das Kind ganz nehmen."

Elga lächelte ein wenig. "Ich will das Kind erst,wenn Sie mir's gern geben, Sie gute Frau. Aber ich darf doch jetzt oft kommen,ja? "

Die beiden Frauen gaben sich die Hand, und der Kleine streckte aus seinem Wägelchen die Hände nach ihnen aus.

Luise Baumann.

SPD. Lilien im Wirtschaftsleben.[x] Die Liliengewächse,die in unsern Gärten blühen,Lilien,Tulpen,Hyazinthen usw., haben,wenn wir von der holländischen Tulpenzucht absehen,keine grosse wirtschaftliche Bedeutung. Mehr gilt das für ihre bescheidenen Verwandten,die als Küchenkräuter unentbehrlich geworden sind,wie Lauch und Zwiebel,Porree und Schnittlauch. Auch ein anderes Liliengewächs spielt,namentlich in bestimmten Gegenden Deutschlands, im Handel eine grosse Rolle: der Spargel. Zu medizinischen Zwecken finden aus der engsten Verwandtschaft der Lilie verschiedene Pflanzen Verwendung,so das Maiglöckchen,dessen Alkaloide auf das Herz wirken, die Herbstzeitlose,deren Gift,in genügender Verdünnung natürlich,ein wichtiges Mittel gegen die Gicht darstellt,und schliesslich die Aloe in ihren verschiedenen Abarten, die in den Steppen und Wüsten Afrikas zu Hause ist, und deren Saft ein viel gebrauchtes Abführmittel liefert.

SPD. 27 000 Jahre alte Schmucksachen.[x] Als älteste Schmucksachen,mit denen sich die Menschen der ältern Steinzeit schmückten,fand man an südfranzösischen Opferstätten auch Perlen aus Bergkrystall,denen Fachforscher ein Alter von nicht weniger als 27 000 Jahren zuschreiben. An der gleichen Stelle hat man auch durchbohrte Tierzähnchen,die als Anhänger getragen wurden,gefunden. Das Mark der grössern Knochen diente in dieser Zeit als menschliche Nahrung.Man fand zusammen mit andern Resten eine grosse Zahl aufgeschlagener Tierknochen, denen augenscheinlich das Mark entnommen war. Diese Zeit der Funde wird als Magdalénien bezeichnet.

Gewerkschaftliche Rundschau

Brünings Vertröstungen.

Ergebnis: Keine Bauarbeit, keine Krisenunterstützung.

SPD. Seit Monaten hat die Regierung Brüning die Bau- und Baustoffarbeiter, die immer stürmischer Einbeziehung in die Krisenfürsorge fordern, mit dem Hinweis auf die beabsichtigte Ankurbelung des Baumarktes vertröstet. Der neue Arbeitsmarktbericht der Reichsanstalt mit seiner geradezu niederdrückenden Feststellung, dass der Baumarkt auch Mitte Juli nach wie vor darniederliegt, zeigt aufs neue, was von den Vertröstungen und Versprechungen des Bürgerblockkabinetts zu halten ist. Man schafft keine Arbeit und gibt auch keine Unterstützungen. Im Gegenteil: man baut den Arbeitslosenschutz noch ab. Auf der anderen Seite steigt die Not vor allem unter den arbeitslosen Bau- und Baustoffarbeitern in beängstigendem Tempo.

Besonders schlimm gestalten sich die Dinge bei den Arbeitslosen der Ziegel-, Zement- und Kalkindustrie. Die Löhne dieser Arbeitergruppen stehen weit unter dem Durchschnitt der Löhne in anderen Zweigen der sogenannten Saisonindustrie. Schon bei normalem Geschäftsgang und andauernder Beschäftigung können die Ziegel-, Zement- und Kalkarbeiter keine Ersparnisse machen. Die grosse Arbeitslosigkeit trifft sie also mit besonderer Schärfe. Nach dem schlimmen Winter 1928/29 kamen die Ziegeleiwerke im vergangenen Jahr erst sehr spät in Gang, und infolge der Abdrosselung des Baumarktes wurde ihre Produktionsperiode nach kurzer Zeit wieder jäh abgebrochen. Bereits im August 1929 wurde eine grosse Zahl von Ziegelwerken schon wieder stillgelegt. Die Arbeitslosenziffer in der Ziegelindustrie war bereits im September 1929 auf fast 15% gegenüber5% in der gleichen Zeit des Vorjahres gestiegen, um im Februar dieses Jahres auf weit über 50% hinaufzuschnellen. Zur Zeit sind noch rund 35% arbeitslose Ziegler vorhanden, während sonst bereits in den Monaten März und April fast alle Ziegler Beschäftigung hatten. Von den 160 000 im Jahre 1929 beschäftigten Zieglern dürften heute noch ca. 56 000 ohne Arbeit und Brot sein. Not und Elend haben unter der Ziegeleiarbeiterschaft Einzug gehalten undm weil in der überwiegenden Anzahl der Fälle die Krisenunterstützung versagt wurde, bereits einem unerträglich hohen Grad erreicht. Dabei ist zu bedenken, dass infolge der geringen Beschäftigungsmöglichkeit des vergangenen Jahres ein sehr hoher Prozentsatz Ziegler nicht einmal die Anwartschaft auf die Arbeitslosenunterstützung erwerben konnte. Viele der arbeitslosen Ziegler werden in ihrem Gewerbe überhaupt nicht mehr Arbeit finden. Bei fast gleicher Produktion ist die Zahl der Ziegeleiarbeiter von ungefähr 260 000 im Jahre 1913 auf rund 190 000 im Jahre 1928 und auf ungefähr 160 000 im Jahre 1929 zurückgegangen. Also rund 100 000 Ziegler sind überflüssig geworden. In ähnlich ungünstiger Lage befinden sich die Arbeiter der Kalk- und Zementindustrie, die nicht nur unter der Depression des Baumarktes, sondern auch unter der Konjunkturabschwächung in der Chemie-, Eisen- und Stahlindustrie zu leiden haben. In der Zementindustrie ist die Zahl der Arbeiter infolge der Rationalisierung und Technisierung rapid zurückgegangen, vom Jahre 1922 bis 1928 von 28 000 auf 18 000. Arbeiten, die vor kurzem noch 10 bis 15 Mann erforderten, werden heute von 5 bis 6 bewältigt. Dabei ist die Produktion in dem genannten Zeitraum von 260 to pro Kopf und Jahr auf 600 gestiegen. In der Kalkindustrie ist eine Verminderung der Zahl der Beschäftigten um mehr als 35% eingetreten, während die Produktion pro Kopf gewaltig in die Höhe ging. Noch ist der technische Umstellungsprozess nicht abgeschlossen, weitere Arbeitskräfte werden

freigesetzt und stehen vor der bangen Frage: Wohin?

Hier ist Hilfe wirklich mehr als angebracht. Angesichts der drückenden Notlage der Baustoffarbeiter und der geradezu trostlosen Aussichten für einen grossen Teil der freigesetzten Arbeitskräfte muss schleunigst die Einbeziehung dieser hungernden und darbenden Menschen in die Krisenunterstützung erfolgen. Nach der Verordnung vom 29. Juni v.J. (Erlass über Personenkreis und Dauer der Krisenunterstützung) waren die Vorsitzenden der Landesarbeitsämter ermächtigt worden, die Krisenunterstützung auch auf die Berufsgruppe Steine und Erden auszudehnen. Warum die Präsidenten der Landesarbeitsämter von dieser Ermächtigung bisher keinen Gebrauch gemacht haben, ist nicht zu verstehen, denn entsprechende Anträge sind von verschiedenen Landesarbeitsämter bereits dem Reichsarbeitsminister mit der Bitte um Zustimmung unterbreitet worden. Eine solche Zustimmung ist jedoch bis jetzt nicht erfolgt, obwohl eine generelle Zulassung der Bau- und Baustoffarbeiter unbedingt erforderlich ist.

Will der Reichsarbeitsminister nicht einmal in die Notgebiete der Ziegler-, Kalk- und Zementarbeiterschaft gehen und sich von dem dort herrschen den Elend überzeugen? Aber er weiss auch so nur zu gut, wie berechtigt unsere Forderung ist, und dass sie berechtigter ist, als so manche Subvention an so manchen Wirtschaftszweig. Allein bei dem Kabinett Brüning kommen soziale Erwägungen erst in letzter Linie, und deshalb muss die Neuordnung der Krisenunterstützung eine der vornehmsten Aufgaben des neuen Reichstags sein. Die Arbeiterschaft muss bei den Wahlen mit dem Stimmzettel gehörig aufräumen, damit endlich wieder Gerechtigkeit und Billigkeit in der Regierung des Reichs bestimmend werden.

SPD. Der zweite ordentliche Verbandstag der frei organisierten Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, der zum 7. September nach Hamburg einberufen war wird auf Grund eines Vorstandsbeschlusses erst am 21. September beginnen. Massgebend für den Beschluss war die Auflösung des Reichstags und die Festsetzung der Reichstagsneuwahl auf den 14. September.

Mit der Verlegung des Verbandstages hat der Verbandsvorstand zu erkennen gegeben, dass für die Reichstagswahlen alle Kräfte der Arbeiterschaft eingesetzt werden müssen, damit durch einen Wahlerfolg die Anschläge auf die Sozialversicherung, auf die Löhne und Gehälter durch die "reaktionärdte Regierung seit der Gründung der Republik", wie der Zentrumsabgeordnete Schlack die Regierung Brüning nannte, zunichte gemacht werden.

SPD. Ein Jubiläum kann dieser Tage der Zentralverband der Arbeitsinvaliden feiern - das Jubiläum seines 10-jährigen Bestehens. Bei seiner Gründung dachte wohl niemand daran, dass er in so kurzer Zeit sich zu einer so grossen und einflussreichen Organisation entwickeln würde, wie sie jetzt vor uns steht. Heute sind auch die letzten Zweifel an der Möglichkeit der Organisierung der Arbeitsinvaliden geschwunden. Alle Gefahren, die die junge Bewegung umlauerten, Organisationsschwierigkeiten, die sich aus dem zu organisierenden Menschenmaterial ergaben, Hemmungen durch das wirtschaftliche und politische Leben - man braucht nur an die Inflationszeit zu erinnern - sehr starke Widerstände sind glücklich überwunden worden, und nun steht der Zentralverband mit seinen 350 000 beitragszahlenden Mitgliedern, die in rund 3 000 Ortsgruppen zusammengefasst sind, mit seinem gut ausgebauten Organisationssystem und seinen fest fundierten Finanzen achtunggebietend da.

Unermüdlich hat sich die Organisation für die Verbesserung des Loses der Arbeitsinvaliden eingesetzt. Was in den letzten Jahren auf dem Gebiet der Sozialversicherung errungen wurde, ist nicht zuletzt mit das Werk dieser jungen Organisation. Im Verein mit der übrigen Arbeiterbewegung hat der Verband kräftigen Einfluss auf die Sozialpolitik ausgeübt und sich als wichtiger

Faktor im politischen Leben erwiesen. Aber nicht nur die Ausgestaltung der Gesetzgebung, sondern auch die Anwendung der Gesetze wurde durch ein gut ausgebautes Netz von Rechtsschutz- und Beratungsstellen im sozialen Sinn beeinflusst. Eine in den letzten Jahren dem Verband angegliederte Sterbeunterstützungsklasse hat sich ebenfalls als recht nützlich erwiesen.

Die grossen organisatorischen Erfolge, die der Verband erzielte, verdankt er nicht zuletzt dem Umstand, dass es seine Leitung verstand, die Seele des Arbeitsinvaliden zu gewinnen. Der Arbeitsinvalide, d.h. der alt und morsch gewordene, oder als Krüppel aus der Fabrik getragene Arbeiter, und vielfach auch seine Hinterbliebenen bilden eine besondere Menschenschicht. Der Invalide kann im Alltag nicht mehr so mit wie der Gesunde und Rüstige. Er wird und fühlt sich überall zurückgesetzt, und wirtschaftliche Not sowie körperliche Qual tun ein übriges, um ihm das Leben schwer zu machen. Da ist nun der Verband als Helfer in die Bresche gesprungen. Seine Zusammenkünfte, Versammlungen und Veranstaltungen geben dem Arbeitsinvaliden wieder neuen Mit und neue Freude am Leben.

Die grosse Jubiläumsfeier des Verbandes - Gedenkfeiern finden zur Zeit fast überall im Reiche statt - geht am 27. Juli in Essen, dem Gründungsort, vor sich. Der wichtigste Teil der Feier - die Festrede hält der Vorsitzende der Organisation, Reichstagsabgeordneter August Karsten - wird nachmittags zwischen 3½ und 4½ Uhr durch den Langenberger Sender übertragen.

SPD. Die gewerkschaftlichen Zentralen der Tschechoslowakei hatten nach den Berechnungen des staatlichen statistischen Amtes Ende 1929 folgenden Mitgliederbestand: Die sozialdemokratische "Tschechoslowakische Gewerkschaftsvereinigung" 563 308 Mitglieder, die tschechisch "nationalsozialistische Tschechoslowakische Arbeitergemeinde" 288 611 und die kommunistische "Zentrale der roten Gewerkschaften" 88 627.

Der kommunistisch-oppositionelle "Internationale Allgewerkschaftliche Verband" tritt mit seinen 75 946 Mitgliedern in die sozialdemokratische Gewerkschaftsvereinigung ein.

SPD. Der niederländische Notstandsarbeiterkonflikt ist infolge der kommunistischen Treibereien noch immer nicht beigelegt. In Amsterdam haben die Kommunisten beschlossen, einen Hungeraufmarsch der etwa 2000 streikenden und ausgesperrten Notstandsarbeiter zum Haag zu veranstalten und von dort nicht eher zurückzukehren, bis den Wünschen der Notstandsarbeiter entsprochen sei.

SPD. Die Maschinisierung führt jetzt auch in der Landwirtschaft immer mehr zur Freisetzung von Arbeitskräften. So hat die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung die verhältnismässig schwache Nachfrage der Landwirtschaft nach Arbeitskräften vor allem durch die stärkere Verwendung von Maschinen bei den Erntearbeiten erklärt. Auch aus Holland werden ähnliche Beobachtungen gemeldet. Dort hat der gewerkschaftliche Bezirksausschuss für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Groninger Landwirtschaft mitgeteilt, dass in den letzten Jahren die zunehmende Mechanisierung des landwirtschaftlichen Betriebs einen Überschuss an Arbeitskräften hervorgerufen habe. Dazu komme die fortschreitende Rationalisierung in den Kartoffelmehl und Zuckerfabriken, sodass eine Unterbringung der überzähligen Landarbeiter auch in diesen Betrieben unmöglich werde.